

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (binnen 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 2,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungsgemeinschaft und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polizeistempel: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

# Bilanz eines Sonntags.

## 17 Tote, 10 tödlich Verwundete. — 181 Schwerverletzte.

Erst am Montagabend ließ sich das Ergebnis des letzten blutigen Wahlsonntags in seinem ganzen Umfange übersehen. Dieses Ergebnis ist erschreckend. Wir registrieren:

Oblau	4 Tote, 34 Verletzte
Eckernförde	2 Tote, 1 tödlich Verletzter
Eanh (Schlef.)	18 Verletzte
Köfel	1 Toter, 12 Verletzte
Gnadenfrei (Schlef.)	1 Toter
Reichenbach (Schlef.)	14 Verletzte
Hessau	1 Toter, 7 Verletzte
Trier	1 Toter, 6 Verletzte
Duisburg-Hamborn	2 Tote, 7 Verletzte
Darmstadt	1 Toter
Plauen	1 Toter
Bremen	1 Toter
Köln	1 Toter
Clausdorf	1 Toter

Die Blutbilanz dieses Sonntags, die wir bei Schwerverwundeten nicht vollständig wiedergeben konnten, umfaßt 17 Tote und 191 Verwundete.

Die Regierung Papen-Schleicher-Gaull hat die SA wieder erlaubt, die SA-Kasernen wieder geöffnet, den Privatsoldaten Hitlers ihre Uniformen zurückgegeben. Nicht genug damit, hat sie zugleich auch in der heißesten Jahreszeit, in der ohnehin, wie jeder Kriminalstatistiker zeigt, die Reigung zu Gewalttätigkeiten steigt, einen Wahlkampf ohne erkennbares politisches Ziel eröffnet. Sie hat sodann auch durch ihre Notverordnung vom 14. Juni die Lebenshaltung von Millionen unter das Existenzminimum gedrückt und damit weiteren Erregungsstoff geschaffen. Von der SA allein hatte die Regierung Brüning in der Begründung ihres Verbots

ge sagt, daß ihr Bestehen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen müsse. Als ob dieses Pulverfaß allein noch nicht genügt, hat man noch einige andere daneben gestellt. Kann man sich wundern, wenn es nun überall losgeht?

Vor zwei Wochen fragten die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Reichsinnenminister von Gaull, ob er nicht nun endlich dem Reichspräsidenten empfehlen wolle, gegen das Treiben der SA, wie angekündigt, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln vorzugehen. Das war zwei Tage nach dem Ueberfall auf den „Vorwärts“. Herr von Gaull antwortete damals: „Noch nicht!“

Die Sozialdemokraten haben damals sehr deutlich gesprochen. Aber die 17 Tote vom letzten Sonntag reden noch deutlicher und sie fragen noch eindringlicher: „Herr von Gaull — noch immer nicht?“

Am 31. Juli werden wir die Reichsregierung für die Zustände, die sie verschuldet hat, zur Verantwortung ziehen. Das wird um so kräftiger geschehen können, je kalblütiger und besonnenere unsere Parteigenossen im Lande zu Werke gehen. Selbstverständlich ist es ihr Recht und ihre Pflicht, sich gegen Angriffe der Nazis kräftig zur Wehr zu setzen. Sonst aber gilt es, wie bisher auch weiter kaltes Blut zu bewahren!

Die Stärke der Sozialdemokratie beruht auf der Disziplin ihrer Anhänger. Diese Disziplin hat sich bisher in allen Kämpfen glänzend bewährt, und sie wird sich weiter bewähren. Unsere Genossen werden, wo es notwendig ist, kräftig ihr Recht wahren, sie werden aber weder provozieren noch sich provozieren lassen! Nicht in sinnlosen und opferreichen Schlägereien fällt die Entscheidung, sie fällt am 31. Juli. Wer den Feind besiegen will, Sorge für einen sozialdemokratischen Wahlsieg!

# Schwere Streifunruhen in Belgien

## Militär eingesetzt. — Im Distrikt von Charleroi Generalfstreik.

Brüssel, 11. Juli. (Eigenbericht.)

In der Umgebung von Charleroi kam es in der Nacht zum Sonntag und am Sonntagnachmittag zu schweren Unruhen und Zusammenstößen mit der Polizei. Zehn Streikende und ein Polizeibeamter wurden verletzt.

Über 5000 Menschen zogen in der Nacht zum Sonntag zunächst vor die Villa eines Direktors der großen Eisenwerke Providence. Die Arbeiter legten zwei Autos in Brand und zündeten schließlich auch das Haus an. Männer und Frauen schafften aus dem Hause fort, was sich fortzuschaffen ließ. Fässer mit Wein wurden auf die Straße gerollt und ausgetrunken. Inzwischen schossen die Flammen aus der Villa hervor, und bald trachten die Balken und Mauern wie ein Kartenhaus zusammen. Militär und Gendarmerie fanden an der Brandstelle nur noch einige Reste der Mauern vor. Die Menge hatte sich inzwischen verzogen.

Der Gewerkschaftsrat und der sozialistische Distriktsverband von Charleroi beschloßen, am Sonntag angesichts der Situation

den Generalfstreik aller Industrien

im Distrikt von Charleroi zu propagieren.

Der sozialistische Parteivorstand tagt in Brüssel in Bernanens. Er hat am Sonnabend ein Manifest herausgegeben, in dem die provokatorische Haltung der Unternehmer und die reaktionäre Politik der Regierung, die die Arbeiter nach langen Weiden zur Hungerrevolte getrieben habe, gebrandmarkt werden. Es verlangt sofortige Maßnahmen zur Erfüllung der gerechten Forderungen der Arbeiter und appelliert zugleich an diese, kaltes Blut zu bewahren, sich Unruhen zu enthalten, den Provokationen zweideutiger Elemente kein Gehör zu schenken und sich ausschließlich nach den Beschlüssen der regelrechten Gewerkschaftsorganisationen zu richten.

## Weitere Ausdehnung des Streiks.

Brüssel, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Am Montag dauerte die Streikbewegung in allen belgischen Streikgebieten in vollem Umfang an. In allen Volkshäusern der Industriegebiete wurden gewaltige Versammlungen abgehalten. Die Gewerkschaftsführer und sozialistischen Führer be-

mühten sich mit Erfolg, der Streikbewegung eine klare und positive Zielsetzung zu geben.

Die aufgestellten Forderungen, die überall die Zustimmung der Streikenden fanden, sind in der Hauptsache folgende: Alle in der letzten Zeit entlassenen Arbeiter sind wieder einzustellen, die Regierungsverordnung, die scharfe Bedingungen für die Erwerbslosenunterstützung festsetzt, ist zurückzuziehen; die Prokureur ist abzuschaffen, die Hausmiete für Erwerbslose herabzusetzen; vorhandene Arbeitsgelegenheit ist unter Mitwirkung der Gewerkschaften unter den Arbeitern gerecht zu verteilen, schließlich Auflösung des Parlaments und sofortige Neuwahlen.

In den bestreikten Revieren herrschte am Montag ziemliche Ruhe. Nur in Charleroi kam es infolge kommunistischer Störungen wieder zu Unruhen. Der sozialistische Führer Vanderveelde sprach vom Balkon des Volkshauses von Charleroi zu den Streikenden. Er erklärte, die Arbeiterpartei sei mit den Streikenden gegen die Unternehmer und die Regierung völlig solidarisch, sie lehne aber jede Solidarität mit den Unruhestiftern ab. Einige hundert Kommunisten versuchten Vanderveelde niederzubrüllen. Schließlich gingen sie gegen das Volkshaus vor, wurden aber von der Arbeiterwehr zurückgeworfen. Die Kommunisten pfänderten dann einen Brotwagen der Genossenschaft.

Im Revier des Zentrums haben die Straßenbahner den Streik proklamiert. Im Lütticher Revier, das an dem Konflikt nicht direkt beteiligt ist, stehen elf Zechen im Streik als Protest gegen den Einzug der Gendarmerie. In der Stadt Nivelles, südlich von Brüssel, ist der Generalfstreik proklamiert.

## Kommunistische Führer verhaftet.

Die Regierung verkündet, sie habe unumstößliche Beweise dafür gefunden, daß der Streik auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage entstanden sei. Der Mittelpunkt der kommunistischen Unruhen sei in Wasmes in der Nähe von Mons entdeckt worden. Dokumente wurden beschlagnahmt, u. a. auch Schriftstücke, aus denen hervorgehe, daß die belgischen Kommunisten in Frankreich und Holland Verbindung hätten. Mehrere kommunistische Führer wurden verhaftet.

Es ist ebenso falsch als bequem, die ganze Streikbewegung lediglich auf kommunistische Treibereien zurückzuführen.

# Warum SPD.?

## Eine Antwort an viele Frager.

Von Hellmut von Gerlach.

Ich bin nicht Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Trotzdem stimme ich am 31. Juli für Liste 1 und hoffe, daß viele meiner Gesinnungsgenossen ebenso handeln werden.

Kein Hehl mache ich daraus, daß ich, wenn ich Franzose wäre, der Radikalsozialistischen Partei angehören würde. Allerdings stünde ich auf ihrem linken Flügel, so etwa neben dem Abgeordneten Pierre Cot.

In Deutschland gibt es keine bürgerliche Partei — wenigstens keine von parlamentarischem Gewicht oder parlamentarischen Aussichten —, die mit der Partei Herriots verglichen werden könnte.

Als gleich nach der Revolution die Deutsch-Demokratische Partei gegründet wurde, schloß ich mich ihr aus vollster Ueberzeugung an. Mit ihren 75 Mandaten wurde sie eine Macht in der Nationalversammlung, eine zunächst legensreich wirkende Macht. Aber von Jahr zu Jahr rückte sie mehr und mehr von der Linken nach der Mitte hin. Sie verlor ebenso an Charakter wie an Wählern. Bis sie 1930 durch ihre Mißhe mit dem Jungdeutschen Orden nicht nur ihren Namen, sondern auch ihre Existenzgrundlage einbüßte. Die zwei Abgeordneten, die sie heute noch im Preussischen Landtag aufweist, waren die Quittung der demokratischen Wählerschaft.

Von ein paar lokalen, durch Personenfragen bedingten Ausnahmen wie in Hamburg abgesehen, existiert die Staatspartei als parlamentarischer Machtfaktor nicht mehr. Sie besitzt noch einflußreiche Zeitungen und intelligente Politiker. Aber die breite Basis ist geschwunden. Rettet sie durch Listenverbindung mit einer großen Partei am 31. Juli noch ein paar Mandate — sich selbst kann sie nicht mehr retten.

Was ist aus den Millionen von Wählern geworden, die 1919 die 75 demokratischen Abgeordneten in den Reichstag entsandten?

Sie haben sich verlaufen, nach allen Seiten hin, sind Sozialdemokraten oder Nationalsozialisten, Volksparteiler oder Wirtschaftsparteiler geworden. Ein recht großer Prozentsatz, darunter nicht wenige der wertvollsten Elemente, gehört zu keiner Partei. Sie sind politisch heimatlos, haben sich damit selbst vom Einfluß auf das öffentliche Leben ausgeschaltet. Viele sind einer Art Fatalismus verfallen. Sie wählen überhaupt nicht mehr. Wozu noch? Der Karren rollt ja doch in den Abgrund.

Es ist schauerlich, wenn man sich vorstellt, wie dieser Fatalismus ehemals aktiver und auch heute noch überzeugter Demokraten die Chancen Hitlers steigern muß. Wer Arne Garborgs wundervolles Buch „Müde Seelen“ kennt, wird in den müden Seelen der Demokraten z. B. das politische Seitenstück zu jenen wiedererkennen.

Gibt es kein Mittel, diesen intellektuell und wirtschaftlich beachtlichen Schichten des Bürgertums wieder eine politische Heimstätte zu schaffen?

Vorläufig scheint es nicht so. Alle Versuche zu Parteifusionen oder neuen Parteigründungen sind gescheitert. Alle Wahlen der letzten Zeit haben gezeigt, daß die Sorge der Wähler, ihre Stimmen könnten bei der Abgabe für eine der kleineren Parteien verlorengehen, alle andere Erwägungen überträgt. Die Wähler wollen kein bloß platonisches Wahlvergnügen einer Art Selbstbefriedigung genießen, sie wollen ihre Stimmen in eine Waagschale werfen, die auch funktioniert.

Darum die unwiderstehliche Anziehungskraft der Massenparteien. Wer sich selber nichts vormachen will, muß offen aussprechen, daß für den 31. Juli nur vier Parteien ernsthaft in Frage kommen: SPD., KPD., Zentrum und Nationalsozialisten.

Bei den preussischen Landtagswahlen haben eine ganze Anzahl Demokraten die Zentrumsliste unterstützt. Damit haben sie jedenfalls klüger gehandelt, als wenn sie für eine kleine Partei gestimmt oder gar sich der Abstimmung enthalten hätten.

Immerhin war ein gewisses Risiko mit einer solchen Abstimmung verbunden. Das Zentrum ist nun einmal eine Partei der Mitte und will es bleiben. So scharf es jetzt gegen die Regierung Papen und gegen Hitler eingestellt ist, seinem Wesen nach kann es sich ebenso gut mit der Rechten wie mit der Linken koalieren. Sicher ist es zur Zeit von den bürgerlichen Parteien das weitest kleinste Uebel. Aber ein unbedingter Sicherheitsfaktor im Sinne der Linken ist es nicht, kann es nicht sein. Niemand wird von Brüning erwarten, daß er, wie einst Wirth, ausrufe: der Feind steht rechts!



Dem bürgerlichen Demokraten, der die Einkaufsmachen will, bleibt nichts anderes übrig, als für die SPD. zu stimmen. Das ist für ihn der einzige Weg, um den beiden Gefahren wirksam entgegenzutreten, die uns am stärksten bedrohen: dem Faschismus und der Militärdiktatur.

Deutsche neigen sehr zum Theoretisieren. Die Lage hat sich jedoch in Deutschland so zugespielt, daß wir uns den Luxus doktrinäer Meinungskämpfe nicht gestatten dürfen. Auch der leidenschaftlichste Marxist wird zugeben müssen, daß am 31. Juli nicht über die Prinzipienfrage „Marxismus oder Antimarxismus?“ abgestimmt wird, sondern über die uns auf den Rügeln brennenden Tagesfragen: Diktatur oder Demokratie? Barbarei oder Kultur? Terror oder Freiheit? Krieg oder Frieden?

Die Sozialdemokratie ist für die Demokratie. Darum schützt sie die Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten einschließlich der Rechte aller Minderheiten. Darum findet in ihr die Idiotie des Rassenwahns ihren zuverlässigsten Widerstand.

Die Sozialdemokratie ist für Handelsfreiheit. Darum wird sie uns verteidigen gegen die Karren, die Autarkie fordern, damit unseren Außenhandel ruinieren und uns in Vorkriege nach allen Seiten verwickeln.

Die Sozialdemokratie ist für internationale Verständigung. Darum schlägt sie Brücken zu unseren Nachbarn und beugt damit sicherer kommenden Kriegen vor, als es die stärkste Rüstung tun könnte.

Die Sozialdemokratie ist Hüterin der Kultur, weil sie keine nationalstolischen Scheuklappen trägt. Volk Anbrunst singt ihre Jugend:

„Der Feind, den wir am tiefsten hassen,  
Der uns umlagert schwarz und dicht,  
Das ist der Unverstand der Massen,  
Den nur des Geistes Schwert durchbricht.“

Die Nationalsozialisten mißachten Geist und Wissenschaft, predigen den Aberglauben an Blut und Rasse. Die Sozialdemokratie hat tiefsten Respekt vor der Wissenschaft und ihren Trägern, vor der Kunst und ihren Jüngern. Sie liebt ihr Vaterland, aber sie bekennt, daß kein Volk, auch das deutsche nicht, sich über andere erheben dürfe. Ueber dem engeren Vaterland steht das weitere, die Menschheit.

Es gibt Programmpunkte der Sozialdemokratie, gegen die ich Bedenken habe. Es gibt Aktionen der Sozialdemokratie, die ich nicht mitmachen konnte. Dennoch — als pazifistischer Demokrat kann ich nur in ihr einen Schutz gegen den dräuenden Ansturm der antidemokratischen und antipazifistischen Gewalten erblicken.

Ein großer Teil des deutschen Volkes ist geistig aus den Fugen gegangen. Der „Felsen Petri“, das Zentrum, blieb unerschüttert. Aber auch gegen die SPD. ist Hitler vergebens angerannt. Die Disziplin der sozialistischen Massen, die sie bei der Wahl des ihnen bestimmt wenig willkommenen Feldmarschalls bewiesen haben, hat die Bewunderung aller einflüchtigen Leute der Welt erweckt. Auch auf diesen Felsen läßt sich bauen.

Der Kampf um die Reichstagsmehrheit wird so schwer, daß er fast über die Kraft zu gehen scheint. Aber er muß durchgeföhrt werden, gläubig und entschlossen.

Die Arbeitermassen sind dazu bereit.

Wie aber sieht es um die geistigen Führer der Nation, um die sogenannten Prominenten in Kunst und Literatur, in Wissenschaft und Wort? Sie gehören ihrer Weltanschauung nach zum sehr großen Teil dem Liberalismus oder der Demokratie im weitesten Sinne des Wortes an. Wollen sie durch Schweigen faschistischer Unkultur und militärischer Brutalität den Weg bereiten?

Es gibt keine organisierte bürgerliche Demokratie, es gibt keinen Liberalismus mehr, der mit Erfolg den Kampf um die politische Macht aufnehmen könnte. Darum muß, wer Demokratie und Liberalismus nicht preisgeben will, jetzt offen für die Liste I eintreten.

Die meisten geistigen Leuchten sind Nikodemus-Naturen. Aber vielleicht finden sich, angesichts der überwältigend großen Gefahr des deutschen Faschismus, doch tapfere bürgerliche Männer und Frauen, die sich öffentlich zu der Pflicht bekennen, für die Sozialdemokratie ihre Stimme abzugeben.

## Sie winden sich!

Frick will Papen von den Nazis abschütteln.

München, 11. Juli.

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Wiesbad in Oberbayern sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Frick am Sonntag über die politische Lage. Er erklärte hierbei ausdrücklich, daß die NSDAP. mit dem Kabinett Papen nichts zu tun habe und sich entschieden dagegen verwehre, für dessen Taten verantwortlich gemacht zu werden.

Die verantwortlichen Führer der Nazis drehen und winden sich, um vor den Wahlen weder innen- noch außenpolitisch für die Taten der Baronsregierung verantwortlich gemacht zu werden. Aber auch die größte Demagogie der Nazis kann die Tatsache nicht aus der Welt lügen, daß nach dem Ausspruch eines Mannes aus dem engsten Papen-Kreise die Nationalsozialisten nicht nur die Baronsregierung tolerieren, sondern daß diese die ausdrückliche Zustimmung „des Führers“ habe.

Für alle Taten dieses Adelskabinetts zeichnen also Hitler und seine Leutnants verantwortlich. Die besten Massen der deutschen Wählerschaft werden diese unumföhlliche Tatsache am 31. Juli quittieren.

# Bestürzung in Washington.

Ueber das Geheimabkommen der europäischen Schuldnerstaaten.

Die Meldungen über ein geheimes Abkommen zwischen den europäischen Schuldnerstaaten, wonach das Lausanner Abkommen erst in Kraft treten würde, wenn die Vereinigten Staaten entsprechende Schuldenerlasse gewährt hätten, haben in Amerika Bestürzung und Entrüstung hervorgerufen. In Washington erklärten einige Parlamentsmitglieder, daß sich

„Europa zu einem gigantischen Schwindel auf Kosten Amerikas vereinigt hätte“.

„Herald Tribune“, die den vollen Text des angeblichen Abkommens veröffentlicht, behauptet, daß der Reichskanzler v. Papen eine Abschrift dieses Dokuments erhalten hätte und damit offenbar einverstanden sei.

Dies wird in Berlin offiziös auf das entschiedenste in Frage gestellt. Uebrigens ist auch in London und Paris das Bestehen eines Geheimabkommens dementiert, aber es ist offenbar doch etwas Wahres daran. Macdonald hat baldige Aufklärungen dem Unterhaus in Aussicht gestellt.

Im Namen der Arbeiterfraktion begrüßwünschte Stafford Cripps die englischen Delegierten zu dem Werte

von Lausanne und führte dabei aus: „Wir sehen die Regelung als den ersten Schritt zur Beseitigung des Dschungels finanzieller und politischer Ungerechtigkeiten an, das seinen Ursprung im Geiste des Hasses und der Rache hatte, der aus dem Weltkrieg entstand. Seit dem Versailler Vertrag und sogar noch vorher hat die Arbeiterpartei stets darauf aufmerksam gemacht, daß die Politik der Reparationen Wahnsinn und selbstmörderisch für die gesamte Zukunft Europas sein würde.“

Endlich nach 13 Jahren zunehmender Not haben sich die Völker Europas, die halb ermüdeten Opfer dieser wahnsinnigen Politik, zur Bernunft bekehrt und sind zu einer Art von Vereinbarung gelangt. Wir glauben natürlich nicht, daß die Ergebnisse, so wichtig sie auch sind, die finanziellen und industriellen Schwierigkeiten der Welt regeln werden. Wir hoffen aber, daß die Völker Deutschlands und Frankreichs diese Vorschläge ratifizieren und die Einleitung einer Politik der Freundschaft mit gegenseitiger Hilfe zwischen diesen beiden großen Nationen billigen werden, deren gegenseitige Mißverständnisse früher zu so zahlreichen Schwierigkeiten geführt haben.“

Dagegen kritisierte Churchill das Abkommen von Lausanne als viel zu günstig für Deutschland.

## Die Reichswehr in Ohlau.

Freche Bürgerkriegshehe der rechtsradikalen Presse.

Die rechtsradikalen Zeitungen, die offen zum Bürgerkrieg hegen, darunter besonders der „Lokal-Anzeiger“, der „Tag“, die „Deutsche Zeitung“, behaupten, daß bei den Zusammenstößen in Ohlau das Reichsbanner auf die Reichswehr geschossen habe.

Diese Hehlüge wird widerlegt durch die folgende Mitteilung des Reichswehrministeriums:

„Zwischen Nationalsozialisten, die von einer Parteiveranstaltung in Brieg zurückkehrten, und Reichsbannerleuten kam es am 10. Juli 1932 spät nachmittags in Ohlau zu schweren Zusammenstößen. Der Bürgermeister von Ohlau forderte von Breslau Polizeiverstärkung an und bat den Standortältesten um die Gefellung von Patrouillen zur Sammlung der Verletzten in der Stadt. Diesem Ersuchen wurde entsprochen.“

Ein bewaffneter Jüdisch — wie sich später herausstellte, ein Reichsbannermann — leistete hierbei der Aufforderung, stehen zu bleiben und die Waffe abzugeben, nicht Folge. Da es in der Dunkelheit ungewiß war, ob der Mann nicht seinerseits von der Waffe Gebrauch machen würde, wurde auf ihn geschossen. Er erhielt einen Oberschenkelsschuß und wurde von der Polizei sofort festgenommen.

Wie bisher feststeht, ist nur in diesem einen Fall von Seiten der Soldaten von der Schußwaffe Gebrauch gemacht worden. Ferner sind Soldaten nur als Patrouillen zum Sammeln und Fortbringen von Verwundeten verwendet worden. Ein Einschlag gegen eine bestimmte Front oder zu bestimmten Kampfzwecken ist nicht erfolgt.

Damit ist erwiesen, wie die genannten Blätter mit frechen Lügen in das Feuer des Bürgerkriegs blasen und gefälschte Nachrichten zugunsten der braunen Nordhänden verbreiten.

## Wie die Nazis gehaust haben.

Unter der Bevölkerung Ohlaus herrscht nach den gestrigen Zusammenstößen ungeheure Erregung. In den Straßen der Stadt sind noch die Spuren des gestrigen Kampfes zu sehen: Blutlachen, ausgerissene Zäune, eingeschlagene Haustüren! Unter den Verletzten befinden sich zahlreiche Arbeiter. Die Nationalsozialisten haben einen großen Teil ihrer Verletzten auf Lastwagen fortgeschafft, ohne sie der Polizei zu melden, so daß die gemeldete Zahl von 30 Verletzten weit um das Doppelte überschritten werden dürfte. Von den erschossenen Nationalsozialisten sind zwei von ihren eigenen Leuten niedergeschossen worden.

Die Nationalsozialisten machten sich auch in den heutigen frühen Morgenstunden noch die Polizeigewalt in Ohlau an. So haben sie einige hundert Räder von Reichsbannerleuten „beschlagnahmt und sichergestellt“. Die Ohlauer Polizei hat bei den gestrigen Zusammenstößen auf das schwerste versagt. Die Polizei ist städtisch und besteht aus fünf Beamten. Aber auch die erschienenen Landjäger haben nicht genügend aktiv eingegriffen. Unter den schwerverletzten Arbeitern befindet sich der Arbeitersekretär Mansche, der von den ihn verfolgenden Nationalsozialisten im Gebäude der Landkrankenkasse von Ohlau rückwärtslos niedergestochen wurde. Er liegt mit zwei schweren Stichverletzungen in Leber und Niere, einer schweren Schädelverletzung und schweren Schnitten im Gesicht hoffnungslos im Krankenhaus danieder.

## Justiz von Ohlau.

Die Ueberfallenen sind schuldig.

Breslau, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Wie aus Ohlau mitgeteilt wird, sind dort auf Veranlassung des Brieger Staatsanwaltschaftsrats Sorge im Laufe der Nacht zum Montag und am Montag insgesamt acht führende Funktionäre der Arbeiterbewegung verhaftet worden. Zu ihnen gehören u. a. der sozialdemokratische Stadtrat Rattner sowie die Orts- und Kreisgruppenführer des Reichsbanners Blech und Doniot. Alle acht Festgenommenen wurden in das Untersuchungsgefängnis in Brieg eingeliefert.

Da fehlte nur noch, daß man die schwerverletzten Opfer der braunen Nordhänden auch noch verhaftet.

## Millionen für den Naziherzog.

Schamlose Ausplünderung des Volkes.

Der Klage des früheren Herzogs von Altenburg, eines ausgeprochenen Freundes der Nazis, gegen den Thüringischen Staat, wurde von dem Reichsgericht entsprochen, und zwar soll Thüringen dem Naziherzog noch einen Betrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Dieser Urteil wurde gesprochen, obwohl der Naziherzog kurz nach der Revolution durch einen rechtsgültigen Vertrag mit 5,5 Millionen Goldmark in bar abgefunden war und unterhöflich auf jeden weiteren Anspruch verzichtet hat. Das Reichsgericht erklärte diesen Vertrag wegen angeblicher „formaler Fehler“ für nichtig.

Dieses Urteil des höchsten deutschen Gerichtes wird nicht nur in Thüringen, sondern in ganz Deutschland einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Die Empörung des hungernden und darbenenden Volkes aber wird sich am 31. Juli gegen die Schulherren dieser fürstlichen Blausauger, gegen Hitler und Konjorten entladen. Gest am Wahltag die richtige Antwort und schlägt den verräterischen Faschismus:

Wählt Liste 1, Sozialdemokraten!

## Breslauer Krankenkassen-Prozess.

Hehe der Rechtspreffe schmähtlich zusammengebrochen.

Die Große Strafkammer des Breslauer Landgerichts fällt in dem sogenannten Krankenkassen-Prozess den in Breslau mit Spannung erwarteten Urteilspruch.

Reurteilt wurden der frühere Abteilungsleiter der Breslauer Allgemeinen Ortskrankenkasse Erich Bartsch wegen Betruges in fünf Fällen zu zwei Jahren neun Monaten Gefängnis, der praktische Arzt Dr. Wiesner wegen Betruges zu zwei Jahren Gefängnis. Beiden Angeklagten wird die Untersuchungshaft angedroht. Der Haftbefehl gegen Dr. Wiesner bleibt aufrechterhalten. Ferner wurden verurteilt, ebenfalls sämtlich wegen Betruges, der Angeklagte Quaal zu sechzehn Monaten, der Angeklagte Kammler zu vier Monaten und der Angeklagte Hentschel zu drei Monaten Gefängnis. Den Angeklagten Kammler und Hentschel stellte das Gericht für den Fall, daß sie den der Allgemeinen Ortskrankenkasse zugesägten Schaden erliegen würden, Strafaussetzung in Aussicht.

Die Härte des Urteils gegen Bartsch erklärt sich, wie der Vorsitzende in der Begründung des Urteils betonte, aus der Tatsache, daß Bartsch die ihm von Verwaltungsdirektor Kirchhoff eingeräumte Vertrauensstellung in maßloser Weise mißbrauchte. Hinsichtlich des gleichfalls streng abgeurteilten Dr. Wiesner heißt es in der Begründung, daß Wiesner seine Standespflicht größtenteils verlegt und sich nicht gekümmert habe, mit einem Angestellten höchst unsaubere Geschäfte zu machen.

Die Breslauer Allgemeine Ortskrankenkasse ist durch die Angeklagten Wiesner, Quaal, Kammler und Hentschel um 30 500 M. geschädigt worden. Davon entfallen rund 20 000 M. auf Wiesner. Die Betrügereien des Angeklagten Bartsch richteten sich gegen das Breslauer Hauptversorgungsamte, das durch diese Machenschaften einen Schaden von über 100 000 M. erlitt.

Die im Verlauf dieses Prozesses von der Rechtspreffe gegen führende sozialdemokratische Beamte, insbesondere gegen den Verwaltungsdirektor Kirchhoff der Allgemeinen Ortskrankenkasse betriebene Hehe ist schmähtlich zusammengebrochen. Kirchhoff konnte selbst bei strengster Nachprüfung der in Frage stehenden Vorgänge nicht die geringste strafbare Handlung nachgewiesen werden. Ebenso haben sich alle jene Verdächtigungen, Kirchhoff habe sich der Fahrlässigkeit schuldig gemacht oder durch seine Unfähigkeit gemißtrauten die Durchführungen der Verurteilten begünstigt, als falsch erwiesen. Daß die Verfehlungen des Bartsch solange unentdeckt blieben, ist nicht auf irgendwelche „marxistischen Mißstände“ in der Krankenkasse zurückzuführen, sondern auf die fast beispiellose Raffiniertheit, mit der Bartsch zu Werke ging.

## Neuer Aufstand in Brasilien.

Staat Sao Paulo Revolutionsherd.

Wie die Berliner brasilianische Gesandtschaft mitteilt, haben sich in verschiedenen Garnisonen im Staat Sao Paulo Aufstände ereignet. Die Regierung habe jedoch mit Hilfe von anderen Garnisonen die Unterdrückung der Unruhen in die Hand genommen. Die anderen Städte hielten solbaldlich zur Regierung.

Als erster Deutscher seit der Vorkriegszeit ist der Freiburger Philosoph Hufferl zum korrespondierenden Mitglied der französischen Akademie der Wissenschaften (nicht zu verwechseln mit der Academie française) ernannt worden.

# Bringt das Freiheitsopfer!

Marken für 0.15, 0.50, 1.—, 5.— und 10.— M. sind in den Abteilungen und im Bezirkssekretariat (Kasse), SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen zu haben. Postcheckkonto 141 57 (Adolf Holz).



# Duischpläne ausgeplaudert.

Republikmachend nach den Reichstagswahlen.

Amsterdam, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Wie das sozialistische „Dei Volk“ meldet, fand am Mittwoch der vergangenen Woche in Eindhoven eine Konferenz deutscher in Holland anässiger Nationalsozialisten statt, zu der auch eine führende Nazipersönlichkeit aus Düsseldorf erschienen war. Die Zeitung lag in den Händen eines gewissen Wolters, der in der Nähe von Eindhoven wohnt. Im Zusammenhang mit dieser Besprechung wird nach dem „Dei Volk“ bekannt, daß für den Fall, daß am 31. Juli keine nationalsozialistische Mehrheit zustande kommt, in der ersten Augustwoche innerhalb zwölf Stunden alle deutschen Nationalsozialisten mobilisiert werden sollten, so daß ein Eingreifen der Polizei nicht mehr möglich wäre.

## Auf der Menschenjagd!

Der Heßfeldzug gegen Dr. Weiß. — Gemeinheit ohne Grenzen.

Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags hat gestern einen Antrag eingebracht, in dem behauptet wird, daß die Gattin des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß zu dem Generaldirektor Krojanter unerlaubte Beziehungen unterhalte. Es wird angebeutet, wohl aus diesem Grunde lasse sich Dr. Weiß von Krojanter aushalten.

Die Nationalsozialisten betreiben seit geraumer Zeit gegen den Polizeivizepräsidenten Weiß einen Kampf, den man als eine Art von Menschenjagd bezeichnen muß. Eine persönliche Beschuldigung folgt der anderen. Erweist sich die eine als falsch, wird sofort eine andere hervorgeholt, um das Opfer schließlich doch niederzuhehen. Gestern hat sich im Beleidigungsprozeß des Polizeivizepräsidenten gegen den „Angriff“ herausgestellt, daß an den Behauptungen, Weiß habe bei Krojanter unerlaubte Glücksspiele gespielt und seinem Gastfreund dafür eine Baufonzession verschafft, nichts Wahres ist. Inzwischen hat der „Angriff“ vorsorglich eine ganze Reihe neuer Beschuldigungen gegen Weiß vorgebracht, und wenn auch diese zusammenbrechen, bleibt immer noch der Antrag der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, der um der Heßjagd auf den Mann willen auch an die Ehre einer unschuldigen Frau greift.

Es handelt sich um einen kaltblütig unternommenen Versuch, einen Gegner mit Mitteln zu vernichten, an denen gemessen ein gewöhnlicher Mordmord eine anständige Handlung ist. Der Mordmörder setzt sein Leben aufs Spiel, denn er kann gefaßt werden. Die Gegner des Polizeivizepräsidenten riskieren gar nichts. Dem 53jährigen SA-Mann Krause, der im „Angriff“ den Verantwortlichen spielt, wird es auf ein paar Monate Knast nicht ankommen. Außerdem winkt Amnestie und der Vorbertrag eines sozusagen „politischen“ Martyrums. Die Verleumder der Frau Weiß verstecken sich hinter ihre Immunität.

Der ganze Vorgang hat schon etwas Grauenhaftes. Das Grauenhafteste aber daran ist, daß eine politische Partei während eines Wahlkampfes sich solche Dinge leisten kann, ohne eine vernichtende Niederlage als Folge befürchten zu müssen. Von welcher Demoralisierung müssen die Anhängerinnen der NSDAP ergriffen sein, wenn sie solche Dinge ertragen können, ohne im Glauben an ihren neuen Heiland wankend zu werden! Wie können diese Menschen glauben, sich selbst oder dem deutschen Volk nützen zu können, indem sie Schweinehunde zu ihren Abgeordneten wählen!

## Freisler provoziert.

Schlägerei im Kasseler Stadtparlament.

Kassel, 11. Juli. (Eigenbericht.)

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung kam es zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Der nationalsozialistische Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Freisler provozierte mit den gemeinsten persönlichen Beschimpfungen, er erhielt bei der Schlägerei erhebliche Verletzungen. SA-Banden, die darauf das Rathaus stürmen wollten, wurden von der Polizei im Saume gehalten.

## Antideutsche Kundgebung in Warschau.

Schwacher Besuch / Wasserspritze stellt Ordnung wieder her.

Warschau, 11. Juli. (Eigenbericht.)

Die Nationalisten des Pilsudski-Lagers veranstalteten heute nachmittags nach nationaldemokratischem Vorbild eine Protestkundgebung gegen das Hitler-Regime in Danzig und die deutschen Grenzrevolutionspläne. Obwohl in phrasengeschwollenen Aufrufen unter der Überschrift „Röhmachung“ etwa 200 regierungstreue Vereine unterzeichnet hatten, kamen nur etwa 3000 Menschen auf dem größten Platz Warschaws zusammen.

Nach den Reden, die mit den üblichen Phrasen geschmückt waren, und nachdem eine entsprechende Resolution dem Ministerpräsidenten überreicht worden war, versuchten noch einige 100 junge Burshen in die deutsche Gesandtschaft zu gelangen, um dort die Demonstration fortzusetzen. Sie wurden aber von starken Polizeieinheiten mit Hilfe einer Wasserspritze in kurzer Zeit auseinandergetrieben. Zum Abend war die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt.

## Pilsudski-Banditen.

Das Pilsudski-Regime hat einen Bandenterror großgezogen, dessen Gemeingefährlichkeit soeben in drei Strafprozessen erwiesen worden ist. Ein pilsudskischer Stadtschreiber, der seinen Vorgesetzten ermordet hat, wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Mitglieder einer Pilsudski-Bande, die seit Jahren ganze Stadtviertel brandschlagen, gegen die aber die Polizei erst einschritt, als die Banditen Menschenleben vernichtet hatten und deren Führer ein — angesehener Stadtrat war, erhielten Freiheitsstrafen bis zu lebenslänglichem Zuchthaus.

## Die Post wird bespitzelt.

Die polnische Oppositionspresse behauptet schon seit Jahren, daß in Polen die Briefe systematisch in den „schwarzen Kabinetten“ der Postämter geöffnet, gelesen und dann wieder sorgfältig zugestellt werden. Anlässlich wird das natürlich bestritten. Heute bekräftigt sich nun sogar das Regierungsblatt, „Kurier Poranny“ (Morgenkurier), daß aus dem Auslande kommende, an diese Zeitung gerichtete Briefe geöffnet worden sind; einer davon war vom Postamt Posen sogar mit Verschlusmarken versehen worden.

# Papens Rückkehr.



„Verräter! Er hätte das ganze Porzellan zerbrechen sollen!“

# Brüning im Angriff.

„Das privatkapitalistische System ist schuld.“

Stah, 11. Juli.

Am Sonntag sprach hier im „Blauer Hof“ Dr. Brüning, der Spitzenkandidat des Zentrums. Die Rede wußte in den Gärten übertrugen werden, der schon lange vor Beginn wegen Ueberfüllung gesperrt worden war.

Brüning führte etwa folgendes aus: Der letzte Wahlkampf ist von größter geschichtlicher Bedeutung. Von dem Ausgang der Wahl ist abhängig, ob sich die Politik der Zukunft in Ruhe und Vernunft abwickeln soll oder ob ein Experimentieren erfolgen wird, das die Wirtschaft nie zur Ruhe kommen läßt.

Wir stehen in diesem Kampf als Angreifer.

Wir haben dafür zu sorgen, daß der gerade Weg weiter gegangen wird. Wir dürfen keine Experimente zulassen, die vielleicht zeitlich kurz begrenzte Besserung ermöglichen, jedoch in einem um so größeren Chaos enden können. Wir haben während unserer Amtstätigkeit die ganze Kraft dem Osten zugewandt, insbesondere die Bedürfnisse der Landwirtschaft weitestgehend gewürdigt und Maßnahmen getroffen, die ihre Erhaltung ermöglicht haben.

Das Entschuldigungsverfahren hat den Zusammenhang verhindert. Trotz dieser Tatsache hat die neue Regierung die bereits fertiggedruckten Bestimmungen unserer Notverordnung nicht veröffentlicht.

Hätte sie es getan, dann hätte das Arbeitsbeschaffungsprogramm sofort verwirklicht werden können.

Es ist nicht anständig, daß bei allem dem Grundbesitz entgegengebrachten Interesse Beschlüssen nur dadurch gehalten werden können, daß sie ausschließlich durch staatliche Mittel wieder flüssig gemacht werden. Vielmehr müssen die morschen Gehilbe verschwinden, um nachgeborenen Bauernhöfen durch Siedlung eine Existenzmöglichkeit zu geben. Man ist Schlagworten zum Opfer gefallen. Wehe aber, wenn mit der bauerlichen Siedlung nicht bald begonnen wird. Man beschwört dann eine Stimmung herauf, die dem Großgrundbesitz sehr gefährlich werden kann.

Wir bleiben verantwortungsbewußt. Wir bleiben die Säulen vorläufiger Wirtschaftsordnung, auch im künftigen Reichstag. Wenn aber das „System“ beschimpft wird, so ist dies eine demagogische Uebertriebung.

Die mitleidige Wirtschaftslage ist nicht von sozialistischer Seite, sondern von privatkapitalistischer Seite her gekommen.

Es sind schwere Fehler gemacht worden. Diese abzustellen, war stets unser Bemühen.

Die Geschichte wird zeigen, daß das Kabinett zu früh gemehst hat. Ich hätte mich bei seiner Umbildung zur nationalen Seite hin abgefunden, hätte aber diesem Kabinett niemals angehört, da es eine Täuschung der Massen gewesen wäre. Die Sozialdemokraten haben sich ohne jede Bindung und Verpflichtung dem Staat zur Verfügung gestellt, als er in großer Not war. Klare, offene und lokale Politik, so wie wir sie betrieben haben, wird immer bestehen und den Wert behalten, wogegen Täuschungen noch nie in der Geschichte der Völker als Politik Geltung hatten. Der Rede Brünings folgte stürmischer, minutenlang anhaltender Beifall.

## Auch Wirth hält Abrechnung.

Papen, der Erfüller der Erfüllungspolitik.

Dresden, 11. Juli. (Eigenbericht.)

In einer Dresdener Zentrumsversammlung sprach der frühere Reichskanzler Dr. Wirth scharf gegen die Regierung der Nazis.

Wirth erinnerte daran, daß er vor elf Jahren das Londoner Ultimatum mit seinen 132 Milliarden habe unterzeichnen müssen, daß er aber schon damals der Entente-erklärt hätte, die Verantwortung für die kommende Zerstückelung der Weltwirtschaft falls auf sie. Die Regierung von Papen habe voreilig und leichtfertig das Wort gesprochen, es handle sich bei ihr um eine grundsätzlich neue Staatsführung. Das Zentrum habe jetzt das Recht, die Barone und Grafen zu fragen: „Wie sieht denn mit der neuen Staatsführung? Wenn unsere Politik Erfüllungspolitik genannt werden ist, dann sind Sie, Herr von Papen, der Erfüller der Erfüllungspolitik.“

Seit Einführung der Welt habe es keinen größeren Müß-

ter gegeben als Herrn von Papen, den man im Zentrum schon lange kenne. Lausanne sei eine recht teure Angelegenheit für das deutsche Volk geworden. Die Behauptung von rechts, daß Brüning irgendein Angebot an die Gegenseite gemacht habe, sei unwahr. Hitler habe mit Papen einen Pakt geschlossen. Wer Papen toleriere, werbe die volle Verantwortung für Lausanne mit zu übernehmen haben. Wenn die Herren von rechts jetzt ihre eigene Regierung im Stich lassen, warum habe die Regierung dann eigentlich den Reichstag aufgelöst? Die Auflösung sei voreilig und leichtfertig vorgenommen worden. Jetzt wählten Papen und Schleicher nicht, wer eigentlich hinter ihnen stehe. Es werde die Stunde kommen, wo das Volk die Sinnlosigkeit des Sturzes Brünings noch viel deutlicher als schon heute erkennen werde.

Zum Schluß bezeichnete Wirth es als Doppelsünde der Regierung von Papen, daß sie den Zwiespalt zwischen Norden und Süden, Ost und West und auch den sozialen Zwiespalt herporgerufen habe. Niemals werde sich die katholische Arbeiterschaft unter das Joch Hitlers beugen lassen. Sie sei nicht willens, den Pakt ins Dritte Reich mitzumachen, sie wende sich dagegen, daß die Organisationen zerstört wurden, denn dann würden die Arbeiter vollständig willenlose Werkzeuge einer schändlichen Regierung und reaktionärer Unternehmer werden. Werkzeuge all jener, die sich zwar gegen den Wohlstandskampf mit Worten erklären, aber hohle Phrasen machen, wenn sie von diesem selbstem Staat saniert werden wollten. Der deutsche Arbeiter gehe nicht ins Dritte Reich. Er sei tot als in Hitlers Knechtshof. Dr. Wirth erzielte stürmischen Beifall.

## Kampf der braunen Befugung!

Die christlichen Arbeiter scharf gegen Hitler.

Essen, 11. Juli. (Eigenbericht.)

In Essen demonstrierten am Sonntag 10 000 christliche Metallarbeiter für einen sozialen Volksstaat und für demokratische Freiheit.

In einer Kundgebung im Saalbau, in der Minister Hirtfelder, der frühere Reichsminister Giesbert und der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums, Steger, teilnahmen, erklärte der zweite Verbandsvorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Schmitz, daß das von Papen in Lausanne erreichte Abkommen nicht die Zustimmung des deutschen Volkes, am wenigsten die Zustimmung der deutschen Arbeiter finden werde. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften erzielte großen Beifall, als er sagte, das Ausland, insbesondere die ausländische Arbeiterbewegung verstände nicht, daß man in Deutschland einen Staatsmann wie Dr. Brüning durch einen Herrn von Papen ersetzt habe, der in Lausanne einen neuen 3-Milliarden-Pakt unterzeichnet habe. Hirtfelder erklärte, wenn der kleine Führer einer großen Partei (Gosdells in Kiel) neulich gesagt habe, gehent werde doch, dann mache er diesen Herrn darauf aufmerksam, daß es unter den christlichen Arbeitern auch Grob- und Hammerhämmer gebe. Die deutsche Arbeiterschaft werde ihre Freiheit bis zum äußersten verteidigen.

Ein Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes sagte unter großem Beifall, wie man mit der französischen Befugung fertig geworden sei, so werde man auch mit der braunen Befugung fertig werden.

Kriegsgerichtlich erschossen wurde nach Degradation der jüdischen Leutnant Atanuskowitsch, der im Warburger Verschönerungsprozeß zum Tode verurteilt worden war. Die übrigen Offiziere und Unteroffiziere, die Freiheitsstrafen zu verbüßen haben, wurden ebenfalls degradiert und ins Gefängnis von Pilschortweg gebracht.

Der litauische Revolutionär Plechskaitis ist Anfang dieses Jahres nach Abkündigung einer Strafe von 2½ Jahren wegen Waffenvergehens aus dem Gefängnis von Stuhm (Ostpreußen) entlassen worden. Er ist jetzt wieder im Wilna-Gebiet aufgegriffen. Die litauische Kriminalpolizei behauptet, Plechskaitis habe mit polnischer Unterstützung schon wiederholt den Versuch unternommen, seine Leute über die Administrationslinie zur Auswanderung nach Litauen zu schicken. Bei einem solchen Versuch in der Nacht zum Donnerstag kam es zwischen polnischen Grenzjägern, die einige Plechskaitisten bis zur Administrationslinie begleitet hatten, und der litauischen Grenzpolizei zu einer Schießerei, wobei ein Plechskaitist erschossen wurde und 15 Meter von der Administrationslinie entfernt auf litauischem Boden tot liegen blieb.



# NSDAP. stürmt Gewerkschaftshäuser.

## Aktivität, Disziplin und Einigkeit müssen sie zurückschlagen.

Nach dem Sturm auf das „Vormärts“-Haus legen die Stürme auf Gewerkschaftshäuser ein. In Frankfurt an der Oder hat sich ein derartiger Überfall zweimal abgespielt, und am letzten Sonntag sind in verschiedenen Gegenden Deutschlands solche Angriffe auf die Zentren der freien Gewerkschaften verübt worden.

Man muß daraus den Eindruck der Planmäßigkeit gewinnen. Dieselben Herrschaften, die den Janhagel der SA. finanzieren, waren von jeher und sind bis heute noch die Todfeinde der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Sie haben eine Zeitlang darauf spekuliert — in der Verzweiflung, den festgefühten Organisationen unserer Partei und unserer Gewerkschaften etwas anhaben zu können —, daß es vielleicht den Kommunisten gelingen werde, die Gewerkschaften und die Partei zu überrennen oder doch so zu schwächen, daß sie kampfunfähig würden. Kein Generaldirektor, kein Großgrundbesitzer, kein Sozialreaktionär aus dem Unternehmerlager hat jemals ernsthaft die SPD. gefährdet. Sie wissen nur zu genau, daß

diese Spreu, vom Winde zusammengetragen, wieder auseinanderfliegt, wenn der Wind aus einer anderen Richtung weht.

Wie lächerlich im Grunde die Aktionen der SPD sind, geht aus der Zusammenfassung des sogenannten antifaschistischen Kongresses hervor. Nach den Angaben der kommunistischen Presse, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, sind unter den Delegierten 376 Mitglieder der freien Gewerkschaften, 311 gehören den Organisationen der sogenannten RGD. an, 108 anderen „roten“ Verbänden, 42 sind syndikalistische Industrieverbände, aber 628 sind überhaupt nicht organisiert, wozu noch 26 Kleingewerbetreibende und Hausfrauen kommen. Die politische Jugendfraktion wird von der kommunistischen Presse folgendermaßen angegeben: 379 gehören der SPD. an, 132 anderen Organisationen, aber 954 sind politisch überhaupt nicht organisiert.

Also von 1465 „Delegierten“ sind 954 politisch und 654 gewerkschaftlich nicht organisiert.

Wie im übrigen die „Wahl“ dieser angeblichen Delegierten zustande gekommen ist, haben wir an einigen Beispielen aus der Praxis aufgezeigt. Trotzdem gibt die kommunistische Presse an, daß von den 1465 „Delegierten“ nur 479 in Betrieben tätig seien. Wie und wo und durch wen die anderen „gewählt“ worden sind, darüber herrscht ein durchaus nicht undurchdringliches Dunkel.

Wem glaubt die SPD. mit einem solchen Spreuhaus zu imponieren? Den Nazis gewiß nicht, den Unternehmern schon ganz und gar nicht, den Arbeitern am allerwenigsten. Es versteht sich am Rande, daß dieser Kongreß zur Herstellung der „roten Einheitsfront“ begleitet wird von den wüsten Schmähungen auf die Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Das gehört nun einmal zur Tradition der Einheitsfront, wie sie die SPD. auffaßt, daß man auf alle die schimpft, die nicht so wollen wie die Zentrale der SPD. gern möchte. Zeigt dieser Kongreß

wie man den Kampf gegen die faschistische Gefahr nicht führen kann und nicht führen darf.

so zeigen die sich mehrenden Überfälle auf die Gewerkschaftshäuser, daß die Nazis der Überzeugung sind, sie befänden sich unmittelbar vor der Proklamierung der faschistischen Diktatur. Genau so sind die Faschisten in Italien vorgegangen. Auch dort wurde die faschistische Diktatur eingeleitet durch den Terror gegen Andersdenkende, durch den Sturm auf Gewerkschaftshäuser und sozialdemokratische Zeitungen. Einsteilen mehrchen sich in Deutschland die Verbote sozialdemokratischer Zeitungen. Daß es noch nicht zur Demolierung der Druckerpressen gekommen ist, danken wir schlichtlich auch dem Umstände, daß die Polizei sich im größten Teil des Reiches noch nicht in der Gewalt von Reuten befindet, die mit dem Nationalsozialismus sympathisieren.

Die Tatsachen sind aber alarmierend genug, um allen die Größe der Gefahr vor Augen zu führen.

Wenn am 31. Juli die Nationalsozialisten nicht geschlagen werden, dann ist es vorbei mit der Freiheit des einzelnen und der Organisationen. Die täglichen Bluttaten illustrieren das berüchtigte Vorheimer Dokument und zeigen auf, wohin die Reise ginge, wenn die Mehrheit des deutschen Volkes den Nationalsozialisten Blankovollmachten erteilen würde.

Nicht mehr ganz drei Wochen trennen uns vom Entscheidungstago. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß diese Entscheidung nicht erst am 31. Juli erkämpft wird, sondern heute schon zu jeder Stunde. Aktivität, Disziplin und Einigkeit gilt es täglich zu erhöhen, wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht zu Sklaven und zu stummen Hundten degradiert werden will!

# Einheitsfront SPD. und NSDAP.

## Wie die Arbeiter mißbraucht und verraten werden.

Im Baugewerbe war es im Verlauf der jüngsten Abwehrbewegung gegen den Lohnabbau zu einer Reihe von Streiks gekommen. Sie hatten unter gewerkschaftlicher Führung fast ausnahmslos Erfolg. Mit der Verbindlichkeitsklärung der neuen Lohnsätze war dieser Streikbewegung ein Riegel vorgeschoben. Anders war der Verlauf der Dinge in Südbaden. Dort streikte man nicht, solange die Möglichkeit dazu bestand, sondern erst nachdem die Verbindlichkeit ausgesprochen war. Die Streikbewegung stand dort im Zeichen einer Nazi-Nazi-Einheitsfront.

Erst waren von der Bewegung im wesentlichen sechs Stellen: Rheinpfalzwerk Klein-Klemb, Redarstaustufe Hirsborn und Rodenau, Eisenbahnbau Tuttlingen-Hattlingen, Rheinpfalzwerk Döbern-Abbrud und Schlusseeferwerk. Die Organisierten in der Gesamtleitung waren in der Minderheit. Die Streiks wurden von den Kommunisten herbeigeführt. In der zentralen Streikleitung hatten jedoch plötzlich nicht die Nazis, sondern

die Nazis das Heft in der Hand, weil diese noch gewissenloser gegen die Gewerkschaften gehen können,

als die Kommunisten; sie sind ja nicht umsonst bei den Kommunisten in der Schule gewesen.

Mit ungeheurer Großsprecheri trat die Streikleitung auf den Plan. Sie forderte zunächst Wiederherstellung des alten Lohnsatzes, dann eine Grenzzulage von 1,10 M. pro Arbeitstag, eine größere Streikentschädigung und dergl. mehr. Die Unternehmer lehnten ab, kamen dann mit einem Gegenangebot heraus; die Streikleitung sah aber auf dem hohen Ross, und ihre Schutzhunde lieh in den Belegkästchenverfammlungen keine geheime Wismutung über das Unternehmerangebot zu. Gewerkschaftsvertreter wurden zu diesen Berfammlungen nicht zugelassen.

Alle Großsprecheri konnte nicht verhindern, daß es mit der Streikbewegung bergab ging.

Die Streiks in Klein-Klemb und an den Redarstauufen brachen schon nach kurzer Zeit zusammen. In Döbern-Abbrud, am Schlusseeferwerk und in Tuttlingen wurde sechs Wochen lang gestreikt. Die Unternehmer sahen mit aller Seelenruhe zu. Sie machten nicht einmal eine ernsthafte Anstrengung zur Anwerbung von Streikbrechern. Wozu auch? Sie wußten, daß ein Nazi-Nazi-Streik unter Führung einer Nazistreikleitung ihnen bestimmt nicht wehtun werde.

Als der Karren richtig verfahren war, wimmerte die Streikleitung bei den Behörden um Vermittlung. Als aber auf Veranlassung des Landeschlichters Dr. Kimich in Karlsruhe Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern einsehen sollten, zu denen die Mitglieder der zentralen Streikleitung nicht erschienen waren, bat die Streikleitung in einem an den Landeschlichter gerichteten Brief förmlich darum, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ den Konflikt beizulegen. Sie hatte — das geht aus dem Schreiben klar hervor — bereits alle ihre Forderungen preisgegeben.

Was aber nun folgte, ist nichts anderes als ein Dolchstoß gegen die Bauarbeiter. So hat, als in Karlsruhe die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen unmittelbar bevorstanden, plötzlich die Streikleitung, wie aus Tuttlingen mitgeteilt wurde,

alle Nazi- und Sozialanhänger und alle Unorganisierten aufgefordert, noch vor dem eigentlichen Verhandlungsbeginn die Arbeit aufzunehmen.

Den Bauleitungen hatte die Streikleitung sogar schon vorher mitgeteilt, die Arbeit würde zu einem Stundenlohn von 60 Pf. für Tiefbauarbeiter — der Tariflohn beträgt 63 Pf. — wieder aufgenommen. Die Folge war, daß die Unternehmer, als sie nach Stuttgart zur Verhandlung für Tuttlingen kommen sollten, ihr Erscheinen ablehnten. Warum sollten sie sich auch jetzt noch beeilen, die 4 Pf. Zulage zu bewilligen, die der Bauergewerksbund bei einem Unternehmer in Tuttlingen bereits herausgeholt hatte?

Für Döbern-Abbrud wurde eine Vereinbarung erzielt, die die allgemeinverbindlich erklärten Tariflöhne als maßgebend erklärt und mit Rücksicht auf die besonderen Grenzverhältnisse eine kleine Zulage von 8 Pf. bis zum 2. August und von da weitere acht Wochen eine solche von 4 Pf. zu den jeweiligen tariflichen Stundenlöhnen gewährt. Auch die Verhandlungen für Döbern-Abbrud wurden von der Streikleitung förmlich lobisiert, denn diese erklärte den Unternehmern gegenüber im Anschluß an eine Arbeitsgerichtsverhandlung in Waldshut,

das Verhandeln in Karlsruhe sei zwecklos, weil die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen werde.

Dabei bestand die Aussicht, eine Grenzzulage von 12 Pf. pro Stunde und sogar für längere Zeit herauszuschlagen.

Ähnlich ging es bei den Verhandlungen für das Schlusseeferwerk. Auch hier plägte die Streikleitung mit der Meldung dazwischen. Verhandeln sei zwecklos, die Arbeit werde zu den tariflichen Bedingungen wieder aufgenommen. Dadurch wurde es völlig unmöglich, für die Arbeiter im Schlussee auch nur einen Pfennig mehr von den Unternehmervertretern zu bekommen.

Und diesem Tatbestand gegenüber bringt es die kommunistische Presse fertig, zu behaupten, die Bauarbeiter hätten „in vorbildlicher roter Einheitsfront“ die Revision eines verbindlichen Schiedspruchs erzwungen. Wir nennen das anders: kommunistisches Schindluderer und nationalsozialistischer Verrat.

## In Berlin suchen 592.620 Arbeit.

### Rückgang in der zweiten Junihälfte um 12.433.

Im Bezirk des Landesamts Brandenburg ist die Zahl der Arbeitsuchenden in der Zeit vom 16. bis 30. Juni 1932 um 16.771 auf 786.509 Personen zurückgegangen. In Berlin steht einer Zunahme um 18.386 Personen in der ersten Junihälfte nur ein Abgang von 12.433 in der zweiten Junihälfte gegenüber.

Unterstützungsbezieher in der Arbeitslosenversicherung waren 138.351 Personen (gegen 141.397 am 15. Juni) im Bezirk zu verzeichnen, davon in Berlin 105.968 (107.180); in der Arbeitsfürsorge für Berlin 157.834 (156.153) Personen, im gesamten Bezirk 214.192 (213.752) Personen. Wohlfahrtserwerbslose waren am 30. Juni insgesamt 320.454 Personen (gegen 309.968 am 31. Mai) vorhanden, davon 256.171 (gegen 247.558) in Berlin.

Von den 592.620 Arbeitsuchenden in Berlin wurden also 519.973 unterstüzt, 72.647 mithin nicht unterstüzt. Während die Zahl der Arbeitslosenunterstüztungsbezieher um 12.222 zurückgegangen ist, hat die der Arbeitslosenunterstühten um 8613 zugenommen.

Auf 1000 Berliner Einwohner kommen 26,40 Hauptunterstühte und 39,32 Arbeitslosenunterstühte.

## Wie die SPD. die Einheitsfront versteht

### Dehe gegen die Konsumgenossenschaft.

In der „Roten Fahne“ wird jetzt nicht nur gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei mit verstärktem Druck und verstärkten Lügen geheut, man führt auch mit den gleichen Mitteln — ganz wie es die Nazis zu tun pflegen — den Kampf gegen die Konsumvereine. So wird in der Sonnabendnummer in ganz großer Aufmachung u. a. die Behauptung aufgestellt, in der Konsumgenossenschaft Groß-Berlin sei innerhalb von sechs Wochen ein Lohnabbau von 25 Proz. vorgenommen worden.

Die Wahrheit sieht wesentlich anders aus. Für die Konsumgenossenschaft gibt es einen Sondertarif, der vorzüglich, soweit die sozialen Bestimmungen in Frage kommen, immer wesentlich günstiger war und auch heute noch günstiger ist als die gleichen Bestimmungen in gleichartigen Privatbetrieben. Nun ist es für jeden Einsichtigen ohne weiteres klar, daß ein Unternehmen wie die

AGB., das sich ausschließlich aus Mitgliedern der arbeitenden Bevölkerung zusammensezt, notwendig unter der Wirtschaftskrise schwer leiden muß, wenn in Berlin allein über 600.000 Arbeitsuchende auf den Arbeitsämtern eingetragen sind. Es kommt weiter hinzu die Kaufkraftschwächung der noch Arbeitenden, teils durch den Lohnabbau, teils durch Kurzarbeit.

Die Konsumgenossenschaft konnte und kann also nicht wie eine Insel der Selligen inmitten des wirtschaftlichen Zusammenbruchs für ihre Arbeiter und Angestellten Löhne und Gehälter zahlen und Arbeitsbedingungen garantieren, die in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur möglich waren. Es wurde daher seinerzeit vor dem Schlichtungsausschuß über den Neuaufschluß eines Lohnvertrags für das gewerbliche Personal verhandelt und ein Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 8 Proz. vorschlug. Dieser Schiedspruch wurde zunächst abgelehnt und dann in Vergleichsverhandlungen vor dem Schlichter schließlich von beiden Parteien angenommen. Der Lohnabbau beträgt also nicht 25 Proz., sondern 8 Proz. Ganz unabhängig davon und außerhalb des Tarifvertrags hat das Personal in geheimer Urabstimmung angehts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschlossen, ein freiwilliges Kottopfer zu bringen.

Die „Rote Fahne“ hat am allerletzten Urtage, sich darüber aufzuregen. In den kommunistischen Betrieben ist mit dem Lohnabbau in beispielloser Weise vorgegangen worden. Wir erinnern nur daran, daß den Zeitungsausbringern der kommunistischen Presse die Löhne um ein Drittel gekürzt wurden. Wir erinnern weiter daran, daß seit mehr als Jahresfrist das Druckerpersonal der kommunistischen Presse täglich eine Stunde Gratisarbeit leistet.

## An die graphische Arbeiterschaft!

Morgen, Mittwoch, den 13. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses

### Führer-Appeil der „Eisernen Front“ der graphischen Betriebe Groß-Berlins

Nachdem nunmehr in allen Betrieben die graphischen Hammerchaften gebildet worden sind, eruchen wir alle Hammerchaftsführer der Buchdrucker, Hilfsarbeiter, Lithographen und Steinbruder und der Buchbinder, unbedingt zu diesem Appeil zu erscheinen.

Als Kontrolle gilt das Verbandsbuch. Jeder Führer erhält am Sonntag eine Kartoteffortie, die sofort auszufüllen und an der Saalkontrolle wieder abzugeben ist. Das Graphische Kartell.

## Nazigutsbesitzer als Arbeitgeber.

### Seht 7-köpfige Landarbeiterfamilie auf die Straße.

Der Nazigutsbesitzer Böller in Unterheide, Kreis Greifenhagen, hat vor einiger Zeit einen Deputatarbeiter, gegen den er ohne jeden Grund fälsch geworden war, entlassen. Vor einigen Tagen forderte Böller den Arbeiter auf, innerhalb zwei Stunden die Wohnung zu räumen, andernfalls die Räumung mit Gewalt vorgenommen werden würde. Der Arbeiter bat den zuständigen Polizeivormalter, ihn vor dem ungesetlichen Vorgehen des Gutsbesitzers in Schutz zu nehmen. Der Polizeivormalter wies den Arbeiter ab; er habe mit der Sache nichts zu tun.

Nunmehr wandte sich der Bedrängte an den Deutschen Landarbeiter-Verband. Dessen Vertreter eruchte den Polizeivormalter um schnellstes Eingreifen. Ein gerichtliches Räumungsurteil liege nicht vor, die Polizei sei also verpflichtet, den Landarbeiter vor ungesetzlichen Willkürherrschaft zu schützen. Der Polizeivormalter sagte jetzt auch zu, auf Böller telephonisch hinhinweisend einzuwirken, daß er von seinen Wohnräumen Abstand nimmt.

Inzwischen hatte der Gutsbesitzer die Abwesenheit des Landarbeiters dazu benutzt, um eine Stube auszuräumen. Der Landarbeiter und ihn begleitende Kollegen setzten die Möbel wieder in die Stube.

Dies brachte den Gutsbesitzer derart in Wut, daß er sowie sein Schwager mit Jagdgewehren gegen die Arbeiter vorgehen. Auf einen Arbeiter, der sich Kaninchenfutter am Wegesrand gepflückt hatte und der zufällig Zeuge des gefährlichen Verhaltens des Gutsbesitzers und seines Schwagers wurde, wurde geschossen. Schließlich machten sich noch einige Helfershelfer des Gutsbesitzers über ihn her, Sie schlugen ihn nieder und verletzten ihn.

Der verletzte Arbeiter begab sich nach dem Ueberfall zum Vertrauensmann des Deutschen Landarbeiter-Verbandes. Dieser wandte sich nochmals an den Polizeivormalter und verlangte, sofort mehrere Polizeibeamte nach Unterheide zu entsenden. Der Polizeivormalter kam diesem Verlangen nach. Allein die Polizisten ließen sich von dem Gutsbesitzer Böller dazu bewegen, daß die Möbel auf den Scheunenterrassen des Böller gefeßt und die siebenköpfige Familie des Landarbeiters in der Herberge untergebracht wurde. Diese „Bereinbarung“ zwischen Gutsbesitzer und Polizeibeamten wurde wohl gemerkt getroffen, ohne daß ein Räumungsurteil vorliegt. Der Landarbeiter lehnte die Anerkennung der Vereinbarung ab mit dem Resultat, daß die Räumungsurteil um einige Tage verlängert wurde.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin  
 Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin  
 Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin  
 Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin  
 Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin  
 Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin  
 Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin  
 Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin  
 Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin  
 Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

## Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten  
 Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten  
 Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten  
 Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten  
 Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten  
 Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten  
 Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten  
 Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten  
 Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten  
 Zuendegruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Wichtiges! Wichtige!

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendsgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Illustrierte Sonntagsbeilage „Wolff und Feil“.

Wichtiges! Wichtige!

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendsgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.



# Eiserne Front gegen Hitler-Barone!

## Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

- Ossam D.** Dienstag, 12. Juli, 14½ Uhr und 16½ Uhr, zwei „Eiserne-Front“-Versammlungen im Lokal Stock, Warschauer Platz: „Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse“. Referent: Karl Litke, MdR.
- 86. Abt., Mariendorf.** Dienstag, 12. Juli, Frauentreffen im Lokal „Süd“, Lankwitz, Brothenroder Str. 18. Mitwirkende: Margarete Walkotte. Treffpunkt für Mariendorf 14 Uhr Dorf-Ecke Rathausstraße.
- Ambi-Budd.** Dienstag, 12. Juli, 17 Uhr, im Lokal „Einsiedler“, Johannisthal, Sternsdamm, allgemeine Betriebsversammlung: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung“. Referent: Kurt Heinig, MdR.
- Arbeitsamt Berlin-Nordost.** Dienstag, 12. Juli, 16½ Uhr, Kundgebung der „Eisernen Front“ in der Brauerei Willner, Pankow, Berliner Str. 80/82: „Die Krise der Sozialpolitik — unsere Schicksalsfrage“. Referent: Fritz Schröder.
- Borsig-Betriebe (BLW.) Tegel.** Dienstag, 12. Juli, 16½ Uhr, im „Alten Krug“, Tegel, Hauptstraße, Belegschaftsversammlung: „Der Schicksalskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent: Otto Meier, MdL.
- 60. Abt., Spandau.** Dienstag, 12. Juli, 19½ Uhr, Wählerversammlung im „Tivoli“, Spandau, Seeburger Str. 26. Referent: Dr. Helmuth Klotz.
- 17. Kreis, Lichtenberg.** Dienstag, 12. Juli, 19½ Uhr, öffentliche Frauenkundgebung in der Schulaula Lichtenberg, Marktstraße: „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse“. Referent: Gertrud Hanna, MdL. Mitwirkung des Ebert-Manz-Quartetts.
- Arbeitsamt Nord.** Dienstag, 12. Juli, 17 Uhr, im gelben Saal der Hochschulbrauerei, See-Ecke Amrumer Straße, Kundgebung der „Eisernen Front“: „Unser Kampf für die Freiheit“. Referent: Oberleutnant Bathke.
- Angestellte und Handelsreisende der Firma Karstadt A.-G., Hermannplatz.** Dienstag, 12. Juli, 19½ Uhr, Kundgebung der „Eisernen Front“ im Gartensaal von Klam, Hasenheide: „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse“. Referent: Siegfried Aufhäuser, MdR.
- Zentralwerkstatt Gaswerke.** Dienstag, 12. Juli, 15½ Uhr, im Lokal Stralauer Platz 33, „Eiserne-Front“-Veranstaltung. Referent: Georg Maderholz, MdL.
- 98. Abt., Neukölln.** Mittwoch, 13. Juli, 19½ Uhr, in der Schulaula Mariendorfer Weg öffentliche Kundgebung „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse“. Referent: Luise Köhler, MdL.
- 55. Abt., Charlottenburg.** Mittwoch, 13. Juli, 19½ Uhr, im Türkischen Zelt, Charlottenburg, Berliner Str. 53, öffentliche Versammlung „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse“. Referent: Stadtrat Carl Schneider.
- 95. Abt., Neukölln.** Mittwoch, 13. Juli, 19½ Uhr, im Lokal „Bärwinkel“, Siedlung Demmweg, Steinbockstraße, öffentliche Versammlung: „Die kommenden Wahlen“. Referent: Genosse Sieglitz.
- Bergmann, Seestraße.** Mittwoch, 13. Juli, 16 Uhr, in den Pharusälen, Müllerstr. 142, Betriebsversammlung. „Der Freiheitskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Max Brinitzer.
- 109. Abt., Friedrichshagen.** Mittwoch, 13. Juli, 19½ Uhr, im großen Saal des Gesellschaftshauses, Friedrichstraße 137, öffentliche Kundgebung: „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse“. Referent: Anton Reißner, MdR. Zuvor Ummarsch durch den Ort. Abmarsch pünktlich 19½ Uhr vom Bahnhof Friedrichshagen.
- Versammlung des Schlaf- und Speisewagen-Personals der Mitropa am Freitag, 15. Juli, abends 8 (20) Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 40-41.** Tagesordnung: „Kampf der Arbeiterschaft um Recht und Freiheit“. Referent Willy Schneider. Die Entscheidung drängt! Mitarbeit ist zwingende Pflicht für jeden Arbeitnehmer! Deshalb erscheint in Massen! Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Richter. — Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Berlin. A. Burde.
- 59. Abt., Spandau.** Donnerstag, 14. Juli, 19½ Uhr, Wählerversammlung im „Paradiesgarten“, Spandau, Seegfelder Straße 54/55. „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse“. Referent: Otto Meier, MdL.
- Gesamtverband Reinemachfrauen in den Banken.** Donnerstag, 14. Juli, früh 8½ Uhr, in der Aula des Dorotheenstädtischen Gymnasiums, Dorotheenstr. 12. „Gewerkschaften und die kommenden Reichstagswahlen.“ Referent: Luise Köhler, MdL.
- 128. Abt., Pankow.** Freitag, 15. Juli, 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im „Kurfürsten“, Pankow, Berliner Str. 102. „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse.“ Referent Robert Breuer.
- 108. und 108 a Abt.** Freitag, 15. Juli, 19½ Uhr, im „Stadttheater“ Köpenick, öffentliche Kundgebung. „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse“. Referent Dr. Haubach.

- 132. Abt. Blankenburg.** Sonnabend, 16. Juli, 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im Lokal Pansegrau, Buchholz, Bahnhof-Ecke Pankstraße. „Die kommenden Reichstagswahlen.“ Referent Otto Meier, MdL.
- Siemens-Werner-Werk.** Mittwoch, 13. Juli, 16½ Uhr, im Lokal Weidner, Nonnendammallee 42/43. Betriebsversammlung. „Der Kampf um Freiheit und Recht.“ Referent Gen. Herm. Harnisch, MdL. Betriebsausweis legitimiert.
- Hammerschafts-Versammlung der beim Arbeitsamt Berlin-West und beim Bezirksamt Charlottenburg beschäftigten Arbeiter,**

**Angestellten und Beamten.** 15. Juli, 20 Uhr, im Restaurant Röhrich, Schloßstraße 45, Ecke Hebbelstraße. Tagesordnung: 1. Die allgemeine politische Lage und die kommende Reichstagswahl. Referent Kollege Oltersdorf vom Gesamtverband. Die Aufgaben der Hammerschaften während der Wahlbewegung. — Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Kohlschmidt, Vorsitzender der Betriebsfraktion beim Arbeitsamt Berlin-West. Teichmann, Führer der Hammerschaften beim Bezirksamt Charlottenburg.

### Sorgt für Massenbeteiligung!

## Die Eiserne Front demonstriert

### Neukölln hat seine größte Heerschau erlebt

Mit einer großen und eindrucksvoll verlaufenen Demonstration, an der sich auch kommunistische Arbeiter beteiligten, eröffnete gestern der 14. Kreis Neukölln den Wahlkampf. Die Kampfbegeisterung der Eisernen Front ist glänzend. Trotz der Gluthitze markierten die Massen stundenlang durch die Straßen der Arbeiterschaft Neuköllns. Freudig aufgenommenen Freiheitsrufe wurden bis in die Häuser und Wohnungen getragen und immer wieder reckten sich die Fäuste nach oben. Die Zehntausende, die unterwegs beim Zuge Spalier bildeten, bekundeten stürmisch ihre Zustimmung. Sie alle werden unseren Kampftrü begeistert weitertragen.

Aus allen Straßen Neuköllns strömten die Werktätigen zum Kranoldplatz, um gegen Naziterror und Hitler für die Freiheit zu demonstrieren. Vom Reuterplatz setzte sich der endlos lange Zug unter Vorantritt der Arbeiterjugend mit ihren roten Fahnen in Bewegung. Es folgten die Arbeitersportler, die Hammerschaften und das Reichsbanner. Neben den jungen Genossen gingen die alten Kämpfer in Reih und Glied. Ein Zug von Kommunisten reihte sich in die Reihen der demonstrierenden Genossen ein. Vor mehr als 20.000 Gefestigten sprach auf dem Kranoldplatz der Genosse Kurt Löwenstein. Er sagte: Die Eiserne Front hat der Nordhege der braunen Pest ein Halt geboten. Seine zutreffenden Ausführungen, die oft von Zustimmung unterbrochen wurden, rissen Hitler und der Regierung Papen die Maske vom Gesicht. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, die Aufklärung auf Land hinaus und in jede Familie hineinzutragen. Das sei bis zum 31. Juli unsere wichtigste Aufgabe. Der Führer der Schweizer Partei, Genosse Reinhardt, überbrachte die Grüße seines Landes. Er sagte, daß der Freiheitskampf des deutschen Proletariats der der ganzen Internationale sei. Genosse Günther rief am Schluß der Kundgebung die Tausende mit packenden, begehrenden Worten hin. Der Kampftrü „Freiheit“ wird und muß bis zum Wahltag durch das ganze Reich schallen. Unter dem Kampftrü der drei eisernen Pfeile wird am 31. Juli die

Eiserne Front den Sieg erringen. Mit dem Gesang der letzten Strophe des Kampftrü der Arbeiter: „Die Internationale“ endete die Kundgebung.

### Brutales Vorgehen der Polizei.

#### Ein unmöglicher Polizeioffizier.

Unverständlich ist das überaus scharfe Vorgehen der Polizei nach Beendigung der Kundgebung. Die überaus fleißige Kapelle der Arbeiterjugend spielte, als die Abteilungen zum Abmarsch rüsteten, den Fanfarenmarsch. Die Polizei, die bereits mehrfach auf die Innehaltung der freigegebenen Demonstrationzeit drängte, schritt unverständlicherweise dagegen ein. Als gegen das scharfe Vorgehen einige Protestrufe laut wurden, ließ der Major Vorhard ohne weiteres zum Gummiknüppel greifen!

Ein solches Vorgehen gegen eine disziplinierte Kundgebung ist eine unerhörte Provokation! Die Polizei ist nicht dazu da, um in diesen unruhigen Zeiten noch mehr Erregung zu schaffen! Wir protestieren auf das entschiedenste gegen das Vorgehen des schuldigen Polizeimajors, der wenig geeignet scheint, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Das gilt auch für den Leutnant König.

Unsere Neuköllner Parteigenossen sind über das brutale Vorgehen dieser Polizeioffiziere auf das äußerste erregt, und das mit Recht! Solche Polizeioffiziere schaden in einem so ausgesprochenen Arbeiterviertel nur der Polizei selbst!

Wir sind immer für ein gutes Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Polizei eingetreten. Um so schärfer wenden wir uns gegen derart provokatorische Methoden, zu denen kein Anlaß vorlag. Zehn Genossen, die festgestellt worden waren, sind sofort wieder entlassen worden.

### Naziterror überall.

Ein gemeiner hinterlistiger Ueberfall wurde von einer Nazihorde am Montag Abend gegen 10 Uhr auf die von einer sportlichen Uebung kommenden Treptower Reichsbannerkameraden in Karlshorst verübt. Ohne den geringsten Grund führten sie mit dem Geheule: Deutschland erwache! die Bande wie die Wilden auf unsere ruhig des Weges gehenden Kameraden und begannen sofort zu schießen. Die Frau des Kameraden Ristan wurde durch einen Schuß in den Fuß getroffen und mußte in das Elisabethkrankenhaus in Schöneweide überführt werden. Das Ueberfallkommando verhaftete schließlich fünf der uniformierten Nordgesellen. Bemerkenswert ist übrigens, daß die Karlshorster Kameraden bereits vor dem Ueberfall die Karlshorster Polizei auf die drohende Haltung der Karlshorster Nazis aufmerksam gemacht hatten. Die Polizei wollte angeblich keine Beamten zur Verfügung haben.

Daß man sich selbst nicht scheut, Ueberfälle auf einzeln gehende wehrlose Menschen zu veranstalten, beweist der Fall eines jugendlichen Reichsbannerkameraden aus Süddeutschland, der gestern am

## Wir marschieren nach dem Westen

Am Donnerstag, dem 14. Juli, 20 Uhr, in den Tennis hallen, Wilmersdorf, Brandenburgische Straße:

### Oeffentl. Kundgebung

Redner: Parteivorsitzender Otto Wels und der Preußische Innenminister Karl Severing.

Fahnen und Transparente sind mitzubringen. — Abmarsch und Treffpunkt zum Demonstrationszug, 19 Uhr, Hohenzollernplatz (Untergrundbahnhof). Marsch durch die Holsteinische Straße, Lauenburger Str., Brandenburgische Str., Wegenerstr., Pfalzbürger Straße, Hohenzollernplatz, Fehrbelliner Platz, Tennis hallen.



Das Zeichen auf das jeder achtet!

# Die Cigarette, nach der jeder Kenner fragt, bleibt Juno!

Raucher aller Berufe schätzen die Sorgfalt richtig ein, welche Josetti auf die Anfertigung ihrer Spezialmarke verwendet.

Gerade weil der

## JUNO

weder Wertmarken, noch Gutscheine, noch Stickerchen beigefügt sind und alles nur der Qualität zugute kommt, bleibt sie eine Spitzenleistung der deutschen Tabakindustrie.

Vortreffliche Mischung und volles Format sichern der Juno ihren Ruf!



WON UNO



heßen Tag, als er nichtsehend an dem Rajlotal in der Hohenstaufenstraße 64 in Schöneberg nordwärts, von einem aus dem Hofel hinter ihm herkommenden Rajl ohne weiteres niedergeschlagen wurde. Dem Jugendkamerad wurde das Nasenbein zertrümmert.

## Erleichtertes Umsteigen.

Neue Bestimmungen ab 15. Juli. — Zwischenfahrten wieder gestattet.

Am kommenden Freitag, dem 15. Juli, treten die Verkehrsvereinfachungen in Kraft, die die BVG. den Berlinern als Sommergabe bescheert.

Nach den bisherigen Umsteigebestimmungen mußte die zweite Fahrt räumlich eine unmittelbare Anschlußfahrt an die erste sein. Dadurch ergaben sich bei Fahrten auf Linien, die sich nicht berühren, Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten werden beseitigt durch die neuen Umsteigebestimmungen, die am 15. Juli 1932 in Kraft treten. Hiernach gilt der Fahrchein mit Umsteigeberechtigung zur Erreichung eines Reisezieles auf kürzestem Wege bei einmaligem Um- oder Uebersteigen auf eine andere Straßenbahn oder einen anderen Omnibus im Bereich des Umsteigetarifs oder auf der U-Bahn bzw. umgekehrt; der Umsteigefahrchein gilt nicht für zwei beliebige Fahrten, sondern die zweite Fahrt muß eine mittelbare oder unmittelbare Fortsetzung der ersten Fahrt zur Erreichung des einen Reisezieles sein.

Rückfahrten, auch auf Umwegen, sind nicht gestattet.

Vom 15. Juli an dürfen aber wieder Zwischenfahrten mit anderen Verkehrsmitteln (z. B. mit der U-Bahn) gemacht werden,

sofern sie zur Erreichung eines Reisezieles dienen.

Nach den neuen Umsteigebestimmungen wird die Umsteigefahrt nicht geändert. Da die Umsteigefahrt aber 1 Stunde nach der durch Buchung gekennzeichneten Zeit abläuft und stets das Ende der angefangenen halben Stunde gelocht wird, bewegt sich die Ausnahmsfrist eines Fahrcheins je nach der Zeit des Eintritts der ersten Fahrt zwischen 1 und 1½ Stunden.

Auf den Omnibusaußenlinien wird ab Freitag eine merkliche Tarifermäßigung eintreten. Auf den meisten Linien wird zukünftig der Fahrchein ohne Umsteigeberechtigung 20 Pf. kosten. Auf verschiedenen Omnibusaußenlinien wird ein besonderer Tarif für die Einfahrt gelten.

## Lokaltermin auf dem Unglücksdampfer.

Das sechste Todesopfer. — Revision und trotzdem gelockerte Kesselbolzen.

Die folgenschwere Explosion auf dem Spreewerksdampfer „Sperber“ hat außer den bereits gemeldeten fünf Toten leider noch ein weiteres Todesopfer gefordert. Im Westendkrankenhaus erlag in den gestrigen frühen Nachmittagsstunden Fräulein Schmidchen aus der Tarnstraße ihren schweren Brandwunden. Damit hat sich die Zahl der tödlich Verunglückten auf sechs erhöht. Einige Verunglückte liegen zwar noch bedenklich da, die Ärzte geben sich jedoch alle erdenkliche Mühe, die Schwerverletzten zu retten. Gestern mittag wurde auf dem „Sperber“ ein Lokaltermin abgehalten, der wider Erwarten die Ursache der verhängnisvollen Explosion klären konnte.

Eine ganze Reihe von Sachverständigen des Berliner Polizeipräsidiums, des Gewerbeaufsichtsamtes, des Wasserbauamtes, des Dampfstellüberwachungsvereins und der Berliner Kriminalpolizei wickelten längere Zeit auf dem Schiff, um mit aller Gründlichkeit nach den Ursachen der Explosion zu forschen. Es ergab sich, daß die Kesselbohrerankerung gerissen war. Die Bohrbohrer war aber nicht frisch, sondern älteren Datums. Verschiedene Bolzen, insgesamt 6 Stück, hatten sich nacheinander gelockert und dadurch die Festigkeit des Kessels stark beeinträchtigt. Die Explosion erfolgte bereits bei 8 Atmosphären Druck, während die Uchlage auf 15 Atmosphären gedrückt ist. Der Riß, aus dem die Wasserdämpfe entströmten, ist etwa 60 Zentimeter lang und 3 Zentimeter breit. Die Rißante ist durch die mit ungeheurer Gewalt herausgeschleuderten Dämpfe festlich umgeben. Durch den Lokaltermin ist also mit Sicherheit erwiesen, daß die Ursache in Mängeln an dem Kessel zu suchen ist.

Wie inzwischen festgestellt werden konnte, ist die Kesselanlage erst im Mai geprüft worden. Bei dieser Revision

# Der „Angriff“ gestäubt

## Zusammengebrochene Hetze gegen das Polizeipräsidium

Die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Angriff“, Willi Krause, wegen Beleidigung des Polizeipräsidiums Dr. Weiß wurde gestern fortgesetzt; sie führte zu einem vollen Zusammenbruch der vom „Angriff“ gewissenlos erhobenen Beschuldigung.

Dr. Weiß wandte sich bei seiner Vernehmung zuerst mit Schärfe dagegen, daß Direktor Krojanter durch den „Angriff“ mit den Skandals auf eine Stufe gestellt wurde. Krojanter sei österreichischer Konsul und seit langen Jahren als Handelsrichter zugelassen. Bei gesellschaftlichen Veranstaltungen im Hause seines Freundes habe man nach dem Essen öfters Karten gespielt, von einem verbotenen Glücksspiel aber könne nicht im entferntesten die Rede sein. Das seien die „Spieleinhalte“, die man ihm vorwerfe. In der Frage der Bauverlaubnis habe er durch den Schwiegervater Krojanter erfahren, daß die Sache mit dem Dispens nicht vorwärts ginge. Er habe sich an den betreffenden Sachbearbeiter gemeldet mit der Frage, wie es um den Dispens stünde. Um die sachliche Entscheidung habe er sich in keiner Weise gekümmert. Dinge, die aus dem Publikum an ihn herangetragen werden, verfolge er grundsätzlich. Das lasse er als seine Dienstpflicht auf. So habe er eine frühzeitige Haftentlassung von nationalsozialistischen jungen Leuten, die die gleiche Uniform tragen wie der Angeklagte — der Angeklagte war, wie wir schon im „Abend“ erwähnten, vor Gericht in Notverordnungs-jacke erschienen —, auf Bitten der Väter zu erreichen versucht. Als das Auto eines Berliner SA-Führers verschunden war, habe er sich gleichfalls auf dessen Bitte hin um eine Beweisaufnahme bemüht.

Generaldirektor Krojanter bestätigte die Aussagen des Polizeipräsidiums. Zu der Rivierreise sagte er, daß Dr. Weiß die Kosten aus eigener Tasche bestritten habe. Der Vertreter des Städtischen Bauamts, Oberbaudirektor Michaelis, bezeugte, daß es sich bei der Baukonzession um einen ganz harmlosen Fall gehandelt

habe. Der verlangte Dispens beziehe sich auf eine so geringe Ueberschreitung der behaubaren Grundfläche, daß in einem solchen Falle die Nichterteilung eines Dispenses überhaupt noch nicht vorzukommen liege. Regierungsdirektor Roske, der zuständige Deputierter im Polizeipräsidium, betonte gleichfalls, daß es sich bei dem Ersuchen des Polizeipräsidiums um Beweisaufnahme um einen ganz alltäglichen Fall gehandelt habe. Würde er eine gleiche Anfrage aus dem Publikum erhalten haben wie der Polizeiprääsident, und wäre er ihr nicht nachgegangen, so glaubte er, es als eine Pflichtvergessenheit einschätzen zu müssen. Der Grundsatz des Polizeiprääsidenten sei, Bitten aus dem Publikum immer mit Beweisaufnahme zu behandeln.

Nach diesem Ergebnis der Zeugenvernehmung machten die Vertreter des Angeklagten neue Verschiebungsversuche. Ihr Ziel geht auf eine Erweiterung des Fragenkomplexes, um eine Entscheidung immer wieder hinauszuschieben. Eine Fülle neuer Beweisanträge wurde eingereicht. Das Gericht zog sich zurück und verkündete nach längerer Beratung, daß die Sache jetzt nicht zu Ende gebracht werden könne, und daß eine Verbindung mit den anderen schwebenden Verfahren zweckmäßig erscheine. Das Ergebnis der Beweisaufnahme sei allerdings klar. Von niemanden könne verkannt werden, daß dem angeklagten Redakteur des „Angriff“ Willi Krause der Wahrheitsbeweis nicht gegliedert sei. Von einem strafrechtlich verbotenen Spiel könne keine Rede sein. Ebenso liege es im Falle der Baukonzession. Es sei von einer Konzessionschiebung gesprochen. Davon habe die Beweisaufnahme nicht das Geringste ergeben. Trotzdem glaube das Gericht, nicht zu einer Entscheidung kommen zu können, weil es für die Strafzuweisung von außerordentlicher Bedeutung sei, ob an allen Angriffen gegen Dr. Weiß nichts wahr sei. Es erscheine daher zweckmäßig, die Sache vor der Großen Strafkammer einheitlich zu behandeln.

ergaben sich eigenartigerweise keine Mängel. Die weitere Untersuchung zur Klärung der Schuldfrage ist leider dadurch sehr erschwert, daß der im Augenblick des Unglücks allein im Kesselraum anwesende Heizer Ernst Schulz den Tod gefunden hat. Man ist daher zum großen Teil auf die Aussagen des Maschinenisten angewiesen, der heute vernommen wird.

Der Dampfer bleibt zunächst noch beschlagnahmt und steht unter polizeilicher Bewachung.

Nach einer Verlautbarung des Berliner Polizeipräsidiums hat der gestrige Lokaltermin ergeben, daß das Unglück auf dem Dampfer „Sperber“ vermutlich auf einen Materialfehler zurückzuführen ist, der sich bei der letzten Kesselrevision nicht gezeigt hat und wohl durch das Alter der Maschinenanlage bedingt ist. Genaueres wird sich aus der jetzt erfolgenden eingehenden Untersuchung des Kesselbaumaterials ergeben. An den zuständigen Stellen wird augenblicklich die Frage geprüft, ob außerordentliche Kesselrevisionen auf den Berliner Ausflugsdampfern aus Anlaß dieses Unfalls erforderlich sind.

## „Angriff“ predigt Moral.

### Klatsch und Verleumdung sollen Wahrheit sein.

Die 19. Zivilkammer des Landgerichts I, deren Vorsitz Landgerichtsdirektor Schmidt-Blanke führt, verhandelte gestern wegen der einstweiligen Verfügungen, die Polizeiprääsident Orzeszinski bzw. Polizeiprääsident Dr. Weiß gegen den „Angriff“ beantragt hatte.

Zunächst wurde der Antrag erörtert, den der Polizeiprääsident gegen den Verlag des „Angriff“ wegen der angeblichen Vorgänge bei der Wiener Reise Orzeszinskis gestellt hatte. Rechtsanwalt Dr. Landsberg als Vertreter des Antragstellers überreichte vier Nummern des „Angriff“, in denen die Behauptung aufgestellt worden war, daß der Polizeiprääsident auf einer Dienstreise nach Wien die Schauspielern Daisy Torrens, mit der er nicht verheiratet gewesen sei, als seine Gattin ausgegeben, und daß dieses

„unwürdige Verhalten“ zu zahlreichen Protesten geführt habe. An dem beleidigenden Charakter dieser Behauptung, so erklärte der Anwalt, sei kein Zweifel. Die Behauptung sei nicht wahr. Er überreichte dem Gericht die Abschrift eines gerichtlichen Protokolls vom 20. Mai 1930, in dem sich der Polizeiprääsident unter Eid über diese Vorgänge geäußert habe. Nach dem Brand des Justizpalastes in Wien habe er in Begleitung mehrerer höheren Beamten eine Dienstreise nach der österreichischen Hauptstadt unternommen. Erst nachdem seine dienstliche Tätigkeit in Wien beendet gewesen sei, sei Frau Torrens, mit der er damals verlobt gewesen sei und die er später geheiratet habe, nach Wien gekommen.

Dann wurde über den Einspruch verhandelt, den der „Angriff“ gegen die auf Antrag von Dr. Weiß am 29. Juni erlassene einstweilige Verfügung erhoben hatte. Diese Verfügung ging auf Unterlassung derselben Behauptungen, die dem an anderer Stelle behandelten Strafverfahren zugrunde lagen.

In der 7. Abendstunde verkündete Landgerichtsdirektor Schmidt-Blanke die Entscheidungen zu den Anträgen auf einstweilige Verfügungen gegen den „Angriff“. Den beiden Anträgen des Polizeiprääsidenten Dr. Weiß wurde stattgegeben und unter Androhung einer noch festzusetzenden Haftstrafe verfügt, daß der „Angriff“ seine Behauptungen über den Polizeiprääsidenten zu unterlassen hat. Dagegen wurde der Antrag auf einstweilige Verfügung, den Polizeiprääsident Orzeszinski gegen das nationalsozialistische Organ wegen der Behauptungen über die angeblichen Vorgänge bei seiner Wiener Reise gestellt hatte, vom Gericht zurückgewiesen.

Im Rahmen der aktuellen Stunde der Deutschen Welle spricht am Donnerstag, dem 14. Juli, abends 7 Uhr, der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer-Berlin über das Thema „Staat und Sozialismus“.

Wetterausichten für Berlin: Sehr warm und noch meist heiter mit etwas aufkommender Gewitterneigung, stilles Wind. — Für Deutschland: Im Süden und Südwesten verbreitete Gewitter, im mittleren Teile des Reiches zunehmende Gewitterneigung, im Norden und Osten beständig allgemein warm.



Wieder steht ihm Jizka Gesicht dicht vor dem Blick. Da, die wilde, gebuckelte Stirn! Doch, steht er recht, die breite, blutende Wunde ist fort, nur noch eine rote Schnur zieht sich an ihrer Stelle hin. Luzia hat wie der beste Wundarzt die klaffenden Ränder mit zweifacher Seide vernäht und betrachtet den noch immer Ohnmächtigen in ihrem Schoß mit dem Schmerzengesicht einer Muttergottes.

Es ist so still in dem Raum, daß Petr das Licht brennen hört, nicht das Knistern des Dochts, sondern das sich verzehrende Singen der Flamme. Doch Peters lauschendes Ohr hört noch etwas anderes: tapp, tapp, draußen, auf der Gasse, den Anmarsch eines bewaffneten Trupps. O, wie ist ihm dieses gewaltige Tappen der Füße verhaßt, dieses Klirren der Waffen, das ihm jedesmal das Ohr wie mit Messern zerföhnet! Gewappnete in der Nacht! Die heimkehrenden Herren sind das nicht, die gingen leiser.

Peters Herz wittert Gefahr. Er springt auf, verstörten Gesichtes.

„Luzia!“ sagte er gepreßt, „sie kommen!“

Das Mädchen schaut ihn an, als verstände es ihn nicht. Sie hat auch nicht Zeit, zu überlegen, zu fragen; denn Jizka rührt sich. Krampfhaft streckt er die Glieder, stöhnt und richtet sich auf die Ellenbogen auf. Wie ein Betrunkener schaut er um sich, als sei er in einem Kausch verwickelt und brauche Zeit, um sich zu bestimmen. Mit dem Handrücken fühlt er sich die Stirn ab und betrachtet verwundert das währige Blut. Unermittelt stemmt er sich hoch. Furchtbar ist er anzusehen in seiner halben Nacktheit. Furchtbar ist auch seine Stimme, die fragend leuchtet: „Wo ist Jan Hus?“

Petr hebt ratlos die dürrigen, mageren Schultern. Jizkas Blick erschreckt ihn.

„Wo ist Jan Hus?“ klingt es nochmals.

Doch diesmal wird von draußen die Antwort. Heu-

barden stoßen gegen das Haustor. Eine gewalttätige Stimme schrillt: „Aufgemacht! Aufgemacht!“

„Jizka, fort!“

Petr stößt das hervor wie einen Befehl und geht mit steifen Schritten vor an die Tür. Unter den Schlägen der anpochenden Hellebarden ist alle Angst von ihm abgefallen wie schlechter Perle von einer Mauer. Seine Seele ist blank geworden unter dem Druck der nahen Gefahr. Er weiß, es kommt jetzt darauf an, Zeit zu gewinnen. Gelingt es ihm, die Häscher genügend lange hinauszuhalten, so kann Jizka nach dem geheimen Keller entinnen und ist vorläufig in Sicherheit. (Petr weiß nicht, daß zu gleicher Zeit Wappner der Stadt auch vor dem jenseitigen Ausgange im Hinterhalt stehen.)

Auch Luzia hat die Lage instinktmäßig erfaßt. Sie weiß, daß das Klopfen draußen niemanden anders als dem Ritter gilt. Er muß in Sicherheit gebracht werden. Aber wo?

Hundert Gedanken schiefen ihr durch den Kopf, Hundertmal verwirrt sie sie wieder. Plötzlich glaubt sie, einen Ausweg zu sehen. Ein verrückter Plan. Doch, es bleibt nichts anderes übrig, als alles auf diese Karte zu setzen. Eilig löst sie das Licht.

„Kommt!“ sagt sie und zieht Jizka mit sich in das Dunkel.

Der Ritter folgt ihr wie ein Lamm. Er, der Mann der Schlacht, er, der gewohnt ist, sich mit feinen Gegnern Auge in Auge zu messen, er, der sich noch nie vor Feinden und Widersachern verlor, er tappt durch das nachtdunkle finstere Haus wie ein armer, verfolgter Schwächer. Zum erstenmal im Leben hat ihn Furcht angerührt, ihm selber unfähig. Vielleicht ist der Blutverlust schuld daran, vielleicht ist er zu kurz erst der Ohnmacht entstiegen, vielleicht traf ihn das Mißlingen des nächtlichen Plans so tief in das Mark seines Willens. Er, der große, starke Mann, legt sein Leben in die Hand eines jungen, sechzehnjährigen Kindes!

„Wer ist draußen?“ schreit inzwischen Petr durch den Sechschloß der Tür.

„Wir!“ antwortet die schrillende Stimme.

„Es gibt tausenderlei Wir! Von welchem der tausend seid ihr?“

„Wir sind Wappner der Stadt!“

„In wessen Auftrag?“

„Im Auftrag des Bogts!“

„Was wollt ihr?“

„Deffne!“

„Sag erst, was ihr wollt!“

„Wir suchen einen Mörder!“

„Da seid ihr bei der Arche am falschen Ort! Hier wohnen Böhmen, aber keine Mörder!“

„Um so besser! Schließe auf!“

„Habt ihr Legitimation?“

„Was?“

„Habt ihr Ausweis?“

„Jawohl!“

„Zeig!“

„Hier, die zwölf Hellebarden! Das ist Ausweis genug!“

„Mir nicht! Ich bin ein Liebhaber der Schrift!“

„Keine Plümierten mehr! Aufgemacht, oder...!“

„Was oder?“

„Wir bolzen die Tür ein!“

„Haha, damit ihr Schreiner und Schlosser ins Brot seht!“

„Wir's?“

„Ja, es wird!“

Petr spürt, daß längeres Hinhalten und Widerstreben zwecklos ist. Denn die Schläge, die jetzt gegen die Tür krachen, sind so, daß jeden Augenblick die Füllung bersten kann. Petr öffnet. Aber so langsam geht er zu Werk dabei, so gemächlich entfernt er den Vorlegebalken, so zögernd nimmt er die Schließkette ab, so unhasig dreht er den Schlüssel im Schloß, daß er dem schlüchtigen Ritter noch weitere anderthalb Minuten Vorsprung schafft.

Die Tür geht auf. Petr ist von Stadtknechten umringt. Im Schein der Fackel erweist sich die schrille Stimme als ein junger, schneidiger Bube, der sofort auf sein Opfer losfährt: „Wer ist im Haus?“

„Hier?“

„Ja, hier in der Arche!“

„Für gewöhnlich die böhmischen Herren!“

„Nicht für gewöhnlich! Ich meine jetzt, diesen Augenblick!“

Petr spricht die Lüge seines Lebens.

„Im Augenblick ich und eine Beschleherin.“

„Wir suchen keine Weiber! Was ist an Männern im Haus?“

„Hast du Pech im Ohr? Ich habe gesagt: ich!“

„Nur du?“

„Nur ich!“

(Fortsetzung folgt.)



# Bauen verboten! - Gebaut wird doch!

## Ein ernstes Kapitel von der Bau- und der Wohnungsnot

Jahrzehntelang ist von der unerträglichen Berliner Wohnungsnot gesprochen worden, aber in den paar Jahren nach dem Krieg, als es endlich möglich schien, die furchtbaren Schäden des alten Systems gutzumachen und eine Umsiedlung großer Teile vorzunehmen, hat sich diese Reform in engeren Grenzen halten müssen, als man ursprünglich wollte. Hunderttausende von proletarischen Existenzen, denen es auch in der Zeit der Prosperität kläglich ging, sahen überhaupt keine Möglichkeit, jemals diese schönen neuen Wohnungen beziehen und bezahlen zu können. Aber in ihren alten Löchern konnten und wollten sie es auch nicht mehr aushalten. Und so gingen die Müdigsten und Entschlossensten von ihnen einfach los mit ihren paar Spargroschen, erwarben, wo sich Gelegenheit bot, ein Stückchen Land, eine Parzelle, und nach einiger Zeit begannen sie auch zu bauen. Das aber durften sie nicht, denn hundert wohl-fundierte Paragraphen verboten das. Eine Laube zwar durften sie bauen, oder einen Stall, eine Remise, einen Geräteschuppen, aber kein Wohnhaus. Da die Polizei das so haben wollte, tat man ihr den Gefallen und baute nur „Ställe“, „Remisen“ und „Schuppen“.

Das heißt, äußerlich haben alle diese Gebäude das Aussehen netter, freundlicher und behaglicher denn auch bescheldener Wohnhäuschen. Und im Innern sehen sie nicht minder wohnlich und behaglich aus. Aber die Polizei darf das laut Vorschrift nicht zulassen. Die Tatsache, daß die Bewohner dieser Baulichkeiten in Zehntausenden von Fällen die gesetzlichen Bestimmungen umgehen, erklärt sich daraus, daß auf allen diesen Grundstücken entweder ein generelles Baugebot besteht oder die baupolizeilichen Bestimmungen den Bauherrn zu Aufwendungen für Anliegerbetriebe (Straßenbau, Kanalisation, Gas, Wasser usw.) zwingen und außerdem Mindestanforderungen an die Größe der zu errichtenden Häuser (Treppenhöhe, Stodwerkshöhe usw.) stellen, die in den meisten Fällen unerschwinglich sind, weil das Eigenkapital des Bauherrn dafür nicht ausreicht. Die Folge ist nun aber nicht etwa ein Verzicht auf die Ausführung des Eigenheimbaues, sondern die Durchführung des einmal gefassten Planes unter Umgehung aller Hemmungen. Da die Zustimmung der Baupolizei zu einem Wohnhaus in der finanziell erschwinglichen Größe unter keinen Umständen zu erreichen ist, wird eben das geplante Eigenheim als „Geräteschuppen“ erbaut.

Um diese Zustände einmal kennenzulernen, hatte die Fachgruppe Eigenhausbau, Bauwirtschaftliche Vereinigung zur Förderung und Verbilligung des Baus von Kleinheimstätten unter

Leitung von Max Schademald eine Besichtigungsfahrt veranstaltet, die außerordentlich lehrreich war. Man bekam einen Einblick in oft ganz merkwürdige Zustände und Verhältnisse. Es gibt tatsächlich Zehntausende von wild gebauten und nicht genehmigten Eigenheimen rings um Berlin. Diese Entwicklung, die in aller Stille begann, hat jetzt einen so gewaltigen Umfang genommen, daß man vor vollendeten Tatsachen steht, denen man Rechnung tragen muß. Alle Häuser, die auf dieser Entdeckungsfahrt zu sehen waren, gelten offiziell als „Geräteschuppen“, „Döfelpelcher“ oder dergleichen. Für solche sind die Bauzeichnungen auch bei der Baupolizei eingereicht und genehmigt. Die Bewohner haben sich dabei in diesen Häusern aufhalten, nicht aber darin schlafen. Die Besitzer der „Geräteschuppen“ usw. mühten zwischen ihren Kartoffeln oder unter ihren Bäumen im Freien schlafen, wenn sie sich nicht täglich strafbar machen wollten. Sie alle müssen daher durch eine amtlich bescheinigte Bude nachweisen, daß sie in einer Stadtmohnung ordnungsgemäß gemeldet sind, die sie oftmals nie gesehen haben.

Eine weitere Folge dieser Vorschriften ist die Ausschaltung des Baugewerbes und der Architekten. Da nämlich eine Baufirma ebenso wie der Architekt für die von ihnen eingereichten Zeichnungen und Baupläne die Verantwortung übernehmen, können sie nicht die Ausführung derartiger auf Grund falscher Angaben genehmigter Häuschen übernehmen, wenn sie nicht zum mindesten ihren guten Ruf riskieren wollen, da sie keinen Bau ohne reguläre Baugenehmigung ausführen können. Infolgedessen ist der Siedler gezwungen, seinen Bau mit Hilfe von arbeitslosen Handwerkern oder auch selbst auszuführen. Die Ausführung ist daher häufig völlig unsachgemäß und wenig dauerhaft. Diese Tatsache wird von den Siedlern selbst zugegeben und bedauert. Weder ist natürlich auch die völlige Untergrabung der Behördenautorität dadurch, daß ihre Verbote nicht mehr ernst genommen werden.

Fest steht jetzt folgendes: Rings um Berlin sind trotz aller behördlichen Verbote Zehntausende von neuen Eigenheimen errichtet worden, die von ihren Eigentümern im Sommer und Winter, zum Teil seit sechs bis sieben Jahren bewohnt werden, ohne daß die befürchtete gesundheitliche Schädigung der Bewohner oder eine nachweisbare Benachteiligung der Allgemeinheit zu verzeichnen ist. Trotzdem besteht Einigkeit darüber, daß es bei dem bisherigen Zustand nicht bleiben kann und darf, sowohl im Interesse der Siedler wie der Allgemeinheit.

kann und darf nicht berücksichtigt werden. Wer bei der Entscheidungsschlacht um das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse nicht abseits stehen will, muß die Wahlliste einsehen.

## Staatsanwälte greifen nach Seiffert.

### Auslieferung an Berlin und Dessau beantragt.

Bei der Berliner Kriminalpolizei ist am gestrigen Montagnachmittag der amtliche Bericht der Prager Polizeibehörden über die am 8. Juli erfolgte Verhaftung des Bandendirektors Willi Seiffert eingetroffen.

Seiffert wurde nach dem Bericht in der Wohnung einer Frau Leiser in der Solofstraße 26 in Prag festgenommen, deren Verhaftung mit einer Diebstahlsaffäre schon am 5. Juli erfolgt war. Entgegen den bisherigen Nachrichten, wonach Seiffert über 700 tschechische Kronen bei sich gehabt habe, meldet die Prager Polizei, daß er zwei Briefumschläge mit 17000 und 9080 Mark in seinen Taschen hatte, also eine verblüffend hohe Summe, die die Annahme rechtfertigt, daß Seiffert es rechtzeitig verstanden hat, sich ein erhebliches Auslandsguthaben zu sichern. Er gab an, daß er seit seiner Flucht aus Berlin ununterbrochen in der Tschechoslowakei gelebt und dort von Verwandten unterstützt worden sei, deren Namen er aber nicht nennen wollte. Er wurde dem Kreisdirektor in Prag vorgeführt, der seine Einlieferung in das Kreisstrafgefängnis veranlaßte, wo Seiffert bis zur Durchführung des Auslieferungsvorganges bleiben wird. Seine Auslieferung wird nicht nur von der Berliner Staatsanwaltschaft, sondern auch von der Staatsanwaltschaft Dessau beantragt, bei der ein Meineidverfahren gegen ihn schwebt.

## Großfeuer am Zentral-Viehhof.

### Dachstühle des Vorder- und Hinterhauses in Flammen.

Durch ein Großfeuer wurden gestern nachmittags die Dachstühle des Vorderhauses und Seitenflügels in der Ribbachstraße 17, wenige Minuten vom Zentschloßhof, zum größten Teil eingeschert. Die Feuerwehr war mit mehreren Jagen Stundenlang an der Brandstelle mit den Lösch- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Kurz vor 16 Uhr bemerkten Passanten Rauchwolken, die aus den Bodenluken drangen. Fast zur gleichen Zeit waren auch Mieter des Hauses auf die Gefahr aufmerksam geworden. Beim Eintreffen der alarmierten Feuerwehr standen beide Dachstühle in hellen Flammen. Die ungeheure Hitze und eine außerordentlich starke Verqualmung des oberen Gebäudeteils erschwerte die Löscharbeiten. Die Feuerwehrleute hatten in der Guckhohle fast übermenschliche Arbeit zu leisten.

Der diesjährige Saison-Schlafverkauf findet bekanntlich in der Zeit vom 1. bis 31. August statt und darf die Dauer von drei Wochen nicht überschreiten. Innerhalb einer Woche vor Beginn und nach Beendigung des Saison-Schlafverkaufes dürfen keinerlei neue Sonderveranstaltungen angekündigt werden.

**Siedler von Röntgenal-Zepernick!** Siedler und Kolonisten, die der Sozialdemokratie angehören und in Zepernick, Röntgenal oder Birchholz bzw. Birchholzhause eine Parzelle besitzen oder gepachtet haben und nicht Mitglied der Zepernicker Parteiorganisation sind, werden gebeten, ihre Adresse schriftlich oder mündlich beim Genossen Fritz Respitzki, Neu-Zepernick, Bahstraße 14, abzugeben.

Der Neuköllner Sängerkorps, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, singt am Donnerstag, dem 14. Juli, abends 8 Uhr, auf dem Willdenbrunnenplatz in Neukölln.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Dienstag, 12. Juli:

20. Juli, 19 Uhr alle Parteimitglieder „Eisernes Haus“.

### Zahlende am Mittwoch, dem 13. Juli.

Thema: „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“

1. 19.00 Uhr: Am Saal 1 des Gesellschaftshauses, Engelstr. 1, Mitglieder-Versammlung. Referent Genosse Ebnhorst, B. d. R.
2. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
3. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen. Referent Dr. A. Krüger, Seiler, Steinmühlstr. 29. Referent Paul Schäfer, Plath, Holzwafer 7. Referent Genosse Dieckhoff.
4. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
5. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
6. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
7. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
8. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
9. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
10. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
11. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
12. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
13. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
14. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
15. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
16. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
17. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
18. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
19. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
20. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
21. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
22. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
23. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
24. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
25. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
26. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
27. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
28. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
29. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
30. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
31. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
32. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
33. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
34. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
35. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
36. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
37. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
38. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
39. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
40. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
41. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
42. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
43. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
44. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
45. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
46. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
47. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
48. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
49. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
50. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
51. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
52. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
53. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
54. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
55. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
56. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
57. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
58. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
59. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
60. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
61. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
62. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
63. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
64. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
65. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
66. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
67. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
68. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
69. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
70. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
71. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
72. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
73. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
74. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
75. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
76. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
77. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
78. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
79. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
80. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
81. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
82. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
83. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
84. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
85. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
86. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
87. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
88. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
89. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
90. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
91. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
92. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
93. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
94. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
95. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
96. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
97. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
98. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
99. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.
100. 19.00 Uhr: Zahlende in den bekannten Lokalen.

## Helft der Erwerbslosenhilfe.

### Großes Sportfest für das Hilfswerk. - Beteiligung von Reichswehr, Schupo und Feuerweh.

Die Rotgemeinschaft Berlin zur Errichtung von Heimen und Küchen für Erwerbslose, e. V., hat infolge starker Inanspruchnahme ihrer Heim- und Küchenanlagen und infolge Rückgangs der finanziellen Zuwendungen zu dem Mittel der Durchführung besonderer Aktionen gezwungen, um durch die damit erreichten Einnahmen das Hilfswerk im gleichen Umfang fortzuführen zu können. Das Hilfswerk der Arbeitslosen verdient die Unterstützung der gesamten Bevölkerung. Spenden werden von Postfachkonto Berlin 152 242 Walter S u s a h, Erwerbslosenspeisung, Berlin W. 8, Landwehrstr. 43, erbeten.

Am Sonnabend, 16. Juli, veranstaltet die Rotgemeinschaft ein großes Sportfest zur Förderung der Erwerbslosenspeisungsaktion auf dem Norden-Nordwest-Sportplatz Gesundbrunnen. Das Programm sieht folgende interessante Kämpfe vor: Fußballturnier: 4.30 bis 5.15 Uhr Mannschaft der 7. Komp., Reichswehr, Reg. 17, Göttingen gegen Interessengemeinschaft Norden-Nordwest, 1. Mannschaft. 5.15 bis 6 Uhr Mannschaft der Rotgemeinschaft Baumschulenweg gegen Auswahlmannschaft der Berliner Schupo. 6.15 bis 7 Uhr „Deutsches Wehrkampfspiel“ (Lauf, Sprung, Wurf). 7.15 bis 8.20 Uhr Endspiel der Sieger aus dem Fußballturnier um den gependeten Pokal. Technische Leitung: Sportlehrer Girulatis. Ab 16 Uhr und während der Pausen Konzert, ausgeführt vom Orchester der Berliner Feuerwehr. Dirigent Brandmeister R. Karpe. Eintritt 50 Pf. Erwerbslose 20 Pf.

„Vorwärts“-Beser, Parteigenossen beweist eure Solidarität mit den Erwerbslosen durch Massenbesuch!

## Nazi überall als Strolche.

### Selbst Ludendorff-Anhänger werden nicht verschont.

Bad Segeberg, 11. Juli.

Vier Nationalsozialisten wurden im Schnellgerichtsverfahren zu Gefängnisstrafen von 1 bis 8 Monaten verurteilt. Sie hatten auf einer Versammlung des von Ludendorff gegründeten und geleiteten Lannenbergbundes in Zehrensdorf (Kreis Segeberg) den Redner des Lannenbergbundes, Fritz von Bodungen, und den Versammlungsleiter mißhandelt und schwer verletzt. Das Gericht kennzeichnete die Tat als besonders verwerflich.

## Wählerlisten genau einsehen.

Man schreibt uns:  
Wie ich von zuverlässiger Seite erfahren habe, werden diesmal in Berlin wegen der andauernden neuen Wahlen die Wählerlisten auf ein mechanisches System übertragen. Bei dieser Uebertragung sollen ganze Straßen und ganze Häuserblocks vergessen worden sein, so daß die erstmalig nach dem neuen mechanischen System aufgestellten Wählerlisten sehr unvollständig sein werden. Jeder Wähler hat daher die Pflicht, gerade diesmal die Wählerlisten sehr sorgfältig einzusehen, um sich davon zu überzeugen, daß auch sein Name darin enthalten ist. Jede Stimme wird gebraucht. Kein Wähler verachse es, sich der kleinen Mühe zu unterziehen, die Wahlliste einzusehen, denn eine Bemängelung am Wahltag selbst

# Für Reise und Wanderungen: Chlorodont

Hitze und Staub erschaffen den Körper besonders beim Reisen und Wandern. Eine kräftige Mundspülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-Mundwasser und eine gründliche Zahnreinigung mit Chlorodont-Zahnpaste wirken wohltuend, verschaffen das Gefühl der Sauberkeit und immer schöne weiße und gesunde Zähne







# Gegen die finanzielle Greuelpropaganda.

## Die Legenden über marxistische Finanzmishwirtschaft.

Die Regierung der Nazibarone hat mit ihrer ersten Notverordnung ein so ungeheuerliches soziales Unrecht geschaffen, daß sie es nicht wagt, die Verantwortung dafür selbst zu übernehmen. Statt dessen hat sie den Versuch gemacht — selbstverständlich auch hierin unterstützt von den Nazis und den „Wirtschaftsführern“ —, die Schuld an den neuen furchtbaren Belastungen einer angeblichen „marxistischen Mishwirtschaft“ in den letzten Jahren zuzuschreiben.

### Worin bestand in Wahrheit diese „sozialistische Finanzmishwirtschaft“?

Sie bestand darin, daß seit 1918 ganze 1½ Jahre lang ein Sozialdemokrat Reichsfinanzminister war. Sie bestand darin, daß seine bürgerlichen Vorgänger in den guten Jahren 1924—1928 nicht etwa Ueberschüsse angesammelt, sondern Schulden und Defizite aufgehäuft haben, die bei Einbruch der Wirtschaftskrise, als man die Sozialdemokraten an die Macht ließ, erst mühsam abgedeckt werden mußten. Sie bestand darin, daß 1925 und 1926 die bürgerlichen Finanzminister Schlieben und Reinhold noch amtlicher Angabe 1½ Milliarden Steuererwartungen an die Besitzenden versichert haben und daß 1927 der bürgerliche Finanzminister Köhler die Besoldungsstellen der öffentlichen Körperschaften um 1½ Milliarden erhöht hat. Reinhold, und nicht ein sozialistischer Finanzminister, hat das Wort geprägt: „Die Reichsfinanzen müssen am Rande des Defizits einberstehen“, und sein bürgerlicher Nachfolger hat schleunigt dafür gesorgt, daß sie vollends ins Defizit hineingeschlittert sind.

Die „sozialistische Finanzmishwirtschaft“ bestand darin, daß der Sozialdemokrat Hilferding als Reichsfinanzminister als erster den Mut fand, dieser wahnwichtigen und verbrecherischen Finanzpolitik Einhalt zu gebieten und die Sanierung in die Wege zu leiten, während schon die ersten Anzeichen der Wirtschaftskrise die öffentlichen Finanzen bedrohten.

Rechtsparteien und Rechtspresse haben sich damals nach Kräften bemüht, die Sanierung zu hintertreiben und die öffentlichen Finanzen noch weiter ins Defizit hineinzustößen. Denn ihre ganze Taktik war und ist darauf gerichtet, die öffentlichen Finanzen zu ruinieren, um die Republik zu unterhöhlen und die breiten Massen insbesondere in den Gemeinden um die Früchte des gleichen Wahlrechts zu bringen.

Die „sozialistische Finanzmishwirtschaft“ bestand darin, daß unter der Regierung Brüning die Wassensteuern immer wieder erhöht, die Besitzsteuern aber fortgesetzt gesenkt worden sind. Tabaksteuer und Biersteuer wurden mehrmals verschärft, Umsatz-

steuer, Bekräftsteuer und Zuckersteuer wurden wesentlich heraufgehoben, Bürgersteuer, Krisensteuer und Konsumvereinssteuer wurden neu eingeführt und zu all diesen schweren Belastungen hat die Regierung der Nazibarone jetzt noch die Arbeitslosenabgabe und die Salzsteuer hinzugefügt.

Die Besitzsteuern aber wurden dauernd gesenkt: Die Rentenkassenbelastung der Landwirtschaft wurde völlig aufgehoben, die Sondervermögensteuer der Großindustriellen (Industriebelastung) wurden auf ¼ gesenkt, die Realsteuern, die Hauszinssteuer, die Kapitalverkehrssteuern wurden ermäßigt, die Kapitalertragsteuer zum großen Teil außer Kraft gesetzt. Zu Alledem hat die Hitlerregierung den Benzin- und Benzolfabrikanten die Benzinsteuer gesenkt.

Die deutsche Gesamtsteuerlast ist in den letzten Jahren von 15 auf 12 Milliarden gesunken; aber diese Entlastung um 3 Milliarden ist fast ausschließlich den besitzenden Schichten zugute gekommen. Trotzdem hatte die „Deutsche Bergwerkszeitung“ noch vor kurzem die Steirn, zu behaupten, daß die Steuerlasten seit dem 1. Januar 1930 um 7 Milliarden erhöht worden seien!

Die „sozialistische Finanzmishwirtschaft“ bestand also darin, daß die breiten Massen die schwersten Opfer auf sich genommen haben, um die sozialen und kulturellen Leistungen des Staates zu erhalten. Trotzdem sind die Sozialleistungen immer weiter abgebaut worden. Für die Besitzenden aber hat der Staat nicht nur bei den Steuererwartungen, sondern auch bei den Subventionen eine allzu offene Hand gehabt.

Und das war der entscheidende Fehler: Die Finanzsicherung konnte bisher nicht gelingen, nicht weil die Finanzpolitik zu sehr, sondern weil sie zu wenig „sozialistisch“ war. Sie mußte verlagern, nicht weil die Massen, sondern weil die Besitzenden sehr geschont worden sind.

Die deutschen öffentlichen Finanzen haben mehr unter der Wirtschaftskrise gelitten, als die irgend eines anderen Landes in der Welt. Die wichtigsten Steuereinnahmen, wie z. B. die Einkommensteuer, sind in den letzten drei Jahren um über die Hälfte gesunken. Gleichzeitig sind die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung trotz wiederholten Abbaus der Unterstützungslage auf über das Doppelte gestiegen. Dieser verheerende Einfluß der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen hätte nur abgewehrt werden können, wenn nicht alle Lasten den breiten Massen aufgebürdet, sondern wenn endlich auch die Besitzenden zu fühlbaren Opfern herangezogen worden wären. Deshalb fordert die Sozialdemokratie auch jetzt Aufhebung der brutalen

Abbaumaßnahmen und Steuererhöhungen der Notverordnung und stattdessen eine entsprechende Erhöhung der Besitzsteuern.

Anstatt auch die kleinsten Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die neue Arbeitslosenabgabe rückstuflos zu belasten, müssen endlich auch die hohen Einkommen durch einen kräftigen Zuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer erfasst werden. Die Furcht vor der Kapitalflucht und die Sorge um die Kapitalbildung, die bisher einer Erhöhung der Einkommensteuer entgegenstanden, ist jetzt hinfällig geworden. Die Kapitalflucht ist durch die neuen Devisenzwangsvorschriften fast unmöglich gemacht und die Kapitalbildung ist aus anderen Gründen nahezu lahmgelegt. Selbst in den hochkapitalistischen Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt die Sätze der Einkommensteuer bis auf 55 Proz. erhöht worden, während sie bei uns nur bis zu 40 Proz. gehen.

Anstatt die Lebenshaltung der Erwerbslosen und der Sozialrentner durch den Sozialabbau auf der ganzen Linie bis weit unter das Existenzminimum herabzudrücken, müssen endlich die großen Vermögen durch eine scharfe Erhöhung der Vermögen- und Erbschaftsteuer getroffen werden.

Unsere Vermögensteuer beträgt nur ½ Proz. und auch unsere Erbschaftsteuer ist wesentlich milder als z. B. die englische Erbschaftsteuer. Ein Vorstoß Hilferdings als Reichsfinanzminister, im Jahre 1929 zur Verschärfung der Erbschaftsteuer ist an der Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien gescheitert.

Anstatt den lebensnotwendigsten Massenverbrauch durch Salzsteuer und Schlichtsteuer aufs Schwerste zu belasten, muß endlich der Luxusverbrauch der wohlhabenden Schichten einer umfassenden Besteuerung unterworfen werden. Sogar in Amerika hat man sich jetzt entschlossen, hohe Luxussteuern auf fast alle Luxusartikel einzuführen. Es ist allerhöchste Zeit, daß das auch in Deutschland geschieht.

Nur durch eine solche sozial gerechte Lastenverteilung können die öffentlichen Finanzen in Reich, Länder und Gemeinden saniert und der ungeheuerliche Sozialabbau rückgängig gemacht werden. Nazis und Junker werden diesen Weg niemals beschreiten. Denn sie wollen nicht die Gesundung, sondern die Zerrüttung der öffentlichen Finanzen, weil die Finanznot der beste Schrittmacher des Sozialabbaus ist. Sie wollen den Staat arm und „die Wirtschaft“ reich machen; Sie wollen den breiten Massen noch mehr nehmen und den Besitzenden noch mehr geben. Sie haben das Schlagwort von der „sozialistischen Finanzmishwirtschaft“ erfunden, um das Volk von ihren wahren Absichten abzulenken.

Die Reichstagswahl am 31. Juli wird darüber entscheiden, ob Nazis und Junker in Zukunft den Staat zugunsten der Großkapitalisten und Großagrarien noch mehr ausplündern dürfen oder ob die öffentlichen Finanzen nach dem Grundsatz sozial gerechter Lastenverteilung zum gemeinen Besten, zum Vorteil des gesamten Volkes und zum Ruhm der Werktätigen in Stadt und Land veraltet werden sollen.

## Gegen den Autarkie-Anflug.

### BBZ. fordert Freiheit für Welthandel und Goldwährung.

Der Verwaltungsrat der Bank für Internationale Zahlungsausgleich, Basel (BBZ.), forderte in einer Entschließung, die Goldwährung wieder funktionsfähig zu machen und die Freiheit im internationalen Waren- und Geldverkehr wieder herzustellen. Damit hat sich der Verwaltungsrat der BBZ., in dem neben den europäischen Notenbankleitern Vertreter der nationalen Wirtschaften sitzen, eindeutig gegen alle Autarkiebestrebungen mit Zoll- und Devisenbeschränkungen ausgesprochen.

Die Goldwährung, so heißt es in der Entschließung, sei am besten geeignet, die freie Bewegung des Welthandels und der internationalen finanziellen Betätigung zu gewährleisten. Um die Anwendung des Goldwährungssystems, des Mechanismus der internationalen Zahlungsbilanz zu ermöglichen, sei es notwendig, die Freiheit im internationalen Waren-, Leistung- und Kapitalverkehr wieder herzustellen. Dazu sei erforderlich, daß die Regierungen die in Lausanne erzielte Lösung der Reparationsfrage durch eine Lösung der Kriegsschuldenfrage vervollständigen. Die Regierungen hätten das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht unter den Ländern wieder herzustellen, damit die Zentralnotenbanken und die BBZ. die Wiederherstellung des internationalen Goldwährungssystems durchführen könnten.

Der Verwaltungsrat hat ferner die Anleihen an Oesterreich (99 Mill. Schilling), an Ungarn (20 Mill. Dollar) und an Jugoslawien (eine Million Dollar) auf drei Monate verlängert. In einer Besprechung der Notenbankleiter soll Dr. Luther die Frage einer deutschen Diskontierabsetzung zur Sprache gebracht haben; denn die Reichsbank erhält erst nach Ratifizierung des Lausanner Vertrages die volle Handlungsfreiheit zurück. Ein „Neberinkommen“ mit der BBZ., das jetzt noch für eine Diskontsentung unter fünf Prozent erforderlich ist, wurde aber nicht getroffen.

## Immer noch gutes Radiogeschäft.

Die Aronwerke Elektrizitäts-A.-G., Berlin-Charlottenburg, kann für das Geschäftsjahr 1931 wieder 10 Proz. Dividende auf das umlaufende Kapital von 3,6 Millionen Mark verteilen. Dieser günstige Abschluß ist wohl in der Hauptsache auf den guten Absatz von Rundfunkgeräten (Marke Aron-Radio) zurückzuführen, der mengenmäßig gegenüber dem Vorjahre nicht zurückgegangen ist. Ungünstig war der Absatz der Zähler- und Schaltuhrenabteilung.

Die Verwaltung schreint in früheren Jahren schon für reichliche Reserven gesorgt zu haben, so daß die Verluste an Forderungen und infolge der Pfundentwertung im Exportgeschäft nicht ins Gewicht fielen.

# Pferdmenges hat Unrecht.

## Keine Währungsexperimente. — Aber doch Generalbankrott statt individueller Sanierung?

Der Vorsitzende der Vereinigung von Banken und Bankiers in Rheinland und Westfalen, Dr. Robert Pferdenges, hat auf einer Tagung dieser Vereinigung Ausführungen zur wirtschaftlichen Lage gemacht, die in mancher Beziehung Interesse beanspruchen.

Mit erfreulicher Klarheit bezeichnet er für Deutschland eine Inflation oder ein „Inflationchen“ als das Schlimmste, was wir tun könnten. Desgleichen zeigt er sehr klar die Ungangbarkeit des englischen Weges der Lösung der Währungsfrage für Deutschland. Er zeigt die Gründe, aus denen die keineswegs freiwillige Aufgabe der Goldwährung in England günstig ablaufen konnte, wie folgt:

„England schuldete fast durchweg in Pfund. Die ausländischen Abzüge hörten sofort auf, denn jeder weitere Abzug hätte empfindliche Währungsverluste gebracht. In eine Vermehrung des Notenumlaufs oder eine Erweiterung des Kredits war nicht gedacht — zur Panikstimmung im Innern mit ihrem verberberischen Einfluß auf die Preisgestaltung war also kein Anlaß. Im Gegenteil, das Vertrauen in die künftige Entwicklung war so groß, daß die beträchtlichen vorher angesammelten Goldhorte nunmehr sich auflösten. Man sah das gute Geschäft, das man machen konnte, wenn man das Gold zum gestiegenen Kurse in Pfunde drehte und beeilte sich damit, da man befürchtete, durch Wiederanziehen des Pfundes die günstige Gelegenheit zu verpassen. Eine ähnliche Anziehungskraft übte das von Gold gelöste Pfund auf die großen englischen Goldhorte aus. Ein interessantes Spiel der Kräfte, das auf dem Wege über die Lösung von Gold zur verstärkten Heranziehung desselben führte. Betrachtliche Mengen Geld floßen so der englischen Notenbank wieder zu. Damit nicht genug, Englands Schuldner schuldeten fast durchweg in Pfund. Wer konnte, nutzte die Gelegenheit zur billigen Abdeckung seiner Kredite schleunigst aus. Eine weitere Stütze für den Kurs des Pfundes.“

So war es in England, sagt Pferdenges, um dann festzustellen, daß nicht eine einzige dieser für die Entwicklung in England günstigen Vorbedingungen in Deutschland vorhanden sei. Sämtliche Vorzeichen sind umgekehrt.

Auch alle Vorstellungen vom Anhängen der Mark an das Pfund, von der Einführung einer Binnenmark und von Krediterweiterungen nach amerikanischem Muster werden abgelehnt, da Experimente von der Geldseite das beste Mittel zur Zerstörung des Vertrauens meisteher Volkstreu sein, während gerade die Wiederherstellung des Vertrauens die entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliche Erholung sei.

Trotz dieser, wie uns scheint, sehr richtigen Erkenntnisse glaubt Pferdenges, daß, wenn auch nicht national, so doch durch eine gemeinsame internationale Aktion eine Belebung des weltwirtschaftlichen Verkehrs durch Maßnahmen von der Geldseite her in die Wege geleitet werden könne, und zwar denkt er dabei an eine gemeinsame internationale Devaluation der Währungen in Anpassung an den veränderten Stand der Warenpreise. Währungseinheiten sollen bleiben, wie sie sind, aber ihr Einkaufswert in Gold soll um etwa 30 Proz. vermindert werden. Pferdenges meint, daß bei einer derartigen gemeinschaftlichen Devaluation alle Nationen ihren Vorteil finden könnten, ohne sich auf das

Glatteis irgendeines gefährlichen Wagnisses begeben zu müssen. Die Schuldverpflichtungen würden ihrem realen Werte nach auf den Stand vor der Preisfrenkung zurückgeführt werden. Wertmäßig erhalte also der Gläubiger das, was er bei Begründung der Forderung zu beanspruchen hatte. Er gibt nur einen zufälligen Zusatzgewinn wieder auf, den er der Not der ganzen Welt als Folge des internationalen Preisverfalls zu danken hat.

Was hier als internationale Devaluation vorgeschlagen wird, ist sicherlich einen Grad weniger gefährlich als alle nationalen Währungsexperimente. Aber ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die gerade bei einer internationalen Verständigung über diese Frage zu überwinden wären, und der Unruhe, die von ihren langwierigen Erörterungen ausgehen müßte, ist

### ein Devaluationsplan auf keinen Fall geeignet, das für die Belebung der Wirtschaft erforderliche Vertrauen wiederherzustellen.

Es ist auch nicht einzusehen, daß eine Devaluation einen „gerechten“ Ausweg aus den Spannungen zwischen Gläubigern und Schuldern in der Gegenwart bieten würde. Die Devaluation in internationalen Maßstab, wie sie Pferdenges vorschwebt, würde, da sie den Goldwert der Währung verändert, auch nicht nur die langfristigen, sondern genau so die kurzfristigen Schuldverpflichtungen treffen. Während man aber bei den langfristigen Schuldverpflichtungen den Standpunkt von der Wiederherstellung des alten Realwertes vertreten könnte, würde bei den kurzfristigen Schuldverpflichtungen einfach aus der Devaluation ein Prozentsätzlicher Abbruch des Realwertes für die Gläubiger die Folge sein. Hier würde also ein realer Verlust dem Gläubiger zugemutet werden, gleichviel ob er einem zahlungsfähigen oder einem nicht zahlungsfähigen Schuldner gegenübersteht.

### Vom Standpunkt des Gläubigerschuldnerkrieges ist jede, auch eine international vereinbarte Devaluation ein Generalbankrott.

Der Generalbankrott aber ist für die Wiederherstellung des Vertrauens, das vor allen Dingen für die weitere Kapitalbildung unentbehrlich ist, schädlich. Auf der anderen Seite kann die ohne Zweifel notwendige Entlastung von leistungsunfähigen Schuldern viel besser auf dem Wege der individuellen Sanierung erfolgen. Dabei wird ein erheblicher Teil von Gläubigerforderungen verloren gehen, manche Forderungen ganz, manche Forderungen teilweise. Mit den Gläubigerverlusten werden Verluste aus Eigenkapital und Wechsel im Besitz verbunden sein. Dieser individuelle Sanierungs- und Schuldabwertungsprozeß kann im Interesse der Krisenüberwindung bei Schuldverhältnissen in nationalem und in internationalem Rahmen gar nicht schnell genug vorangetrieben werden. Er wird aber eher gehindert als gefördert, wenn man immer wieder Projekte des Generalbankrotts der Schuldner — und das sind Devaluationsprojekte — gegenüber den notwendigen individuellen Sanierungen in den Vordergrund rückt. Deshalb glauben wir, daß die Erörterung einer solchen internationalen währungspolitischen Gemeinschaftsaktion viel eher eine Hemmung der wirklich notwendigen weltwirtschaftlichen Vereinigungen ist als ihr Ausgangspunkt.



# Der Einbrecher

Kleines Abenteuer um Mozart / Von Carry Brachvogel

An einem schönen Sommerabend des Jahres 1791, der über dem anmutigen Kurort Baden bei Wien lag, lebte der f. f. Leutnant v. Massatti sehr verärgert in seine Wohnung zurück, die er vor etlichen Stunden so vergnügt verlassen hatte. Verdrüsslich warf er sich in einen Stuhl, murmelte vor sich hin: „Der Kuckuck soll ihn holen! — Dieser verfluchte . . .! — Dieser Dödelbengel!“ Es kamen noch etliche ähnliche Worte aus der Tiefe des Gemüts und des Kasernenhofes, und je länger der Leutnant vor sich hin murmelte, um so mehr glühten sich an Kraft dem ärarischen Sprachschatz an.

Warum war der Leutnant v. Massatti so verärgert? Verdrüss mit der Mannschaft? Kuffel von einem Vorgelesenen? Oder ein garstiger Gläubiger?

Nein, nichts von alledem! Die Verärgerung hing mit einem Kurpost weiblichen Geschlechts zusammen, mit der reizenden blonden Gattin eines Wiener Ruffikus, die den poetischen Vornamen Konstanze trug. Sie war lustig und ein klein wenig kokett, wie es einer richtigen Wienerin wohl ansteht, ließ sich die artigen Rittersdienste des Leutnants gern gefallen, lachte ihn aber wunderhübsch und weiblich aus, wenn in dem Ritter immer wieder der Mann der Ordnung und Disziplin aufspringen wollte, der in dieser Hinsicht an Frau Konstanze allerlei auszuüben fand. So rügte er z. B. unermüdlich, daß sie, wenn sie ausging, das Fenster ihres bescheidenen Stübchens sperrangelweit offenstehen ließ, obgleich das Stübchen zu ebener Erde und in einer einsamen Gasse lag, so daß jeder Dieb und Einbrecher es bequem gehabt hätte. Aber, wie gesagt, Frau Konstanze hatte für die ersten Vorhaltungen des Leutnants nur ihr helles Lachen: „Weh'n's, bei mir find' einer eh' nig! Bei einem armen Hofherrn, wie ich bin, lacht auch keiner was!“

Dann leuchtete sie ein wenig, und ein Schatten von Traurigkeit huschte über ihr Gesicht.

„Mein Wolferl muß grad wieder gar kein Geld haben, sonst hat er mich schon lang einmal besucht! Er schreibt auch gar nie vom Kommen, und ich mein' doch, daß ich schon eine halbe Ewigkeit von daheim weg bin und von ihm!“

Der Leutnant hatte nichts erwidert, denn er fand es überflüssig, sich von „Wolferl“, dem Gatten, unterhalten zu lassen. Dagegen kam er mit schöner Beharrlichkeit abermals auf das stets offenstehende Fenster zu sprechen und schilberte anschaulich die Gefahren, die Frau Konstanze durch solch leichtfertige Handlungsweise über sich selbst heraufbeschwor. Sie jedoch entgegnete zwischen Lachen und ein wenig Unmut: „Lust S' mich net immerfort erziehen wollen! Der Wolferl verflucht's schon gar nimmer, weil er weiß, daß es bei mir doch nie blüht!“

So hatte sie gesprochen, und als heute nachmittag der ordnungsliebende Leutnant sie zu einem Spaziergang mit anschließender Jause im Grünen hatte abholen wollen, da fand er zwar ihre Türe versperrt, ihr Fenster aber — natürlich! — wieder sperrangelweit offen. Er hatte sich ob der verschlossenen Türe geärgert, die besagte, daß Frau Konstanze schon ausgegangen und also jede Hoffnung auf Spaziergang und Jause zu Zweien geschwunden sei, aber nicht minder hatte er sich ob der zurückgelassenen Fensterläden erbost, die jedem Dieb und Einbrecher zuzurufen schienen: „Bitte, treten Sie näher!“

Verdrüsslich schlenderte er ziellos hierhin und dorthin, immer hoffend, Frau Konstanze doch noch zu erspähen, und in dieser Hoffnung immer wieder betrogen. Dann, als es schon stark dämmerte, ging er nochmals an ihrer Wohnung vorbei und meinte, nun müsse die neidische Tür doch endlich entriegelt sein.

Was aber erblickte er, als er sich in der stillen Gasse dem Hause

näherte? Er erblickte, was ihm ebenso verbrecherisch wie natürlich erschien, denn längst und vergeblich hatte er es Frau Konstanze prophezeit — ein Mann schlich sich an, in ihr Zimmer einzusteigen. Ein recht anständig gekleideter Mann von kleiner Statur, der schon auf dem Fensterbrett stand, und eben bereit war, den Sprung ins Zimmer hinein zu machen, als — wach ein Blud! — der Leutnant herbeieilte, den Einbrecher bei den weißbeistrümpften Waden packte und aus Leibesträfen schrie: „Polizei! Polizei!“

Die weißbeistrümpften Waden zappelten in den sie umklammernden Händen. Ein Kopf, auf dem eine weiße Lockenperücke saß, drehte sich dem Leutnant zu, und ein Mund, der zwar nicht nach Verbrechertum, wohl aber nach Schelmerei ausah, ermahnte ihn: „Machen S' doch keinen solchen Spott! Die Polizei in Desterreich ist nie schwerhörig gewesen! Und überhaupt, was geht Sie das an, wenn ich hier einsteige?“

Das Gesicht des Leutnants wurde dunkelrot über soviel Unverschämtheit. „Was es jeden anständigen Menschen angeht, wenn er einen Einbrecher erwischt!“

Friedrich Weigell / Schulgeschichten:

## Liebe

Zwei Jahre hatten sie beide zusammengesessen auf einer Bank, der Heinrich und das Lieschen. Vom ersten Tage an, als er zur Schule kam und sie fremd neben sich auf der Bank saß, war er ihr Trabant. Damals hatte sie ihn groß angesehen, verwundert den schüchternen Jungen mit ihren lebhaften Augen belächelt und ihm, als er ganz traurig werden wollte und zum Taschentuch griff, die Wangen gestreichelt und getrocknet.

„Gelt, du bist jetzt mein Freund“, hatte sie ihm zugeflüstert und freundlich gelächelt. „Du mußt mir helfen, wenn die anderen Jungen strech werden.“

Heinrich hatte ernsthaft wieder gelächelt. Seine Tränen waren verschwunden. Er war stark geworden bei ihren Worten und wollte den anderen zeigen, wie mutig er sein konnte. Sollte sich nur einer an das kleine Mädel da heranwagen. Was für entzückende Zähnechen die Kleine zeigte, wenn sie lachte, und wie weich waren ihre Finger vorhin gewesen, als sie ihn streichelte. Auch Grübchen hatte sie, tiefe, netzliche Grübchen. Ob er ihr auch über die Backen streicheln durfte? Er hätte es gern getan, aber er fürchtete, sie zu beleidigen.

„Wie heißt du denn?“ fragte ihn die Kleine. „Heinrich“, sagte er kleinlaut und schämte sich, solch einen dummen Namen zu haben. Wie häßlich und gemein der klang.

„Und ich heiße Lieschen“, erwiderte sie. „Lieschen! ach wie schön, dachte er. Ja, so mußte sie heißen, Lieschen, Lieschen, immerfort konnte er das sprechen. Das ging so leicht durch die Lippen und klang wie ein Lied.“

„Du heißt aber schön“, meinte er. „Und ich nenne dich Heinerle, weißt, das ist auch so schön“, rief sie freudig, und er freute sich mit. Ja, das war etwas anderes als Heinrich, Heinerle, Heinerle — hurra — Heinerle.“

So hatten sie Freundschaft geschlossen und treulich gehalten. Lieschen half ihm bei seinen Arbeiten, tröstete ihn, wenn er vom

„Machen S' keine Pflanz! Wenn die Tür zug'sperrt ist, bleib mir so nur der Weg durchs Fenster!“

Dem Leutnant verdrüßte es die Rede. Auch brauchte er all seine Kraft, um die weißbeistrümpften Zappelbeine festzuhalten, die seinen Fingern entrinnen wollten. Es war ein regelrechter kleiner Kampf, der da stattfand, und die Polizei schien doch schwerhörig zu sein, denn sie war noch immer nicht erschienen. Dafür aber kam eben Frau Konstanze heim, sperrte ihre Türe auf, blieb einen Augenblick erschrocken auf der Schwelle stehen, als sie die zwei ringenden Männer erblickte, stieß sie einen Schrei aus, und — stürzte lachend in die Arme des Einbrechers, der sich bei ihrem Anblick mit einem Ruf der Verzweiflung von dem Leutnant gelöst hatte.

„Wolferl! Nein, die Lieberkaltung! O du lieber Kerl, warum hast denn net g'schrieben, daß du kommst — —?“

Man wird ohne weiteres begreifen, daß der Leutnant kein Verlangen trug, mitanzuhören, warum Wolferl nicht geschrieben hatte, und warum er jetzt heute unerwartet gekommen war. Man begreift wohl auch, daß er dem Ankömmling all die vorerwähnten Freundlichkeiten zuerkannte, obgleich er, bei Licht betrachtet, gar keinen Grund hatte, ihm feindselig gesinnt zu sein. Denn nur diesem vermeintlichen Einbrecher hat es der f. f. Leutnant von Massatti zu verdanken, daß sein Name auf die Nachwelt gekommen ist, indem nämlich besagter Einbrecher kein anderer war, als — Wolfgang Amadeus Mozart. — —

Lehrer angefahren wurde und sorgte sich um seine Hefte und Bücher, daß sie sauber blieben. Heinerle aber war ihr starker Beschützer und untertäniger Diener. Er teilte freundschaftlich alles mit ihr. Besam er einen Bonbon vom Konfitürenverkäufer, dann ob er nur die Hälfte und brachte Lieschen folgenden Tages das übrige in der Tasche, wo es neben Nägeln, Schnüren, Taschentuch, Glascherben und ähnlichen Dingen wohlbehalten lag. Auch die Pregei von der Bäckerfrau mußte Lieschen kosten, wenn sie auch freilich meistens schon zerbrochen war und nur noch Krümchen in der Tasche mit Sand untermischt sich fanden.

Lieschen wies nichts zurück. Sie säuberte den Bonbon, las die Kuchentrümel aus dem Schmutz und freute sich über das leuchtende Gesicht Heinerles, der ihr aufmerksam zusah.

Aber er zeigte sich auch als Held. Wehe dem Jungen, der Lieschen antempelte. Wie eine Kapsel sprang er an ihm empor und schlug in rasender Wut um sich. Er wagte sich dabei an die Größten der Schule, denn Lieschen war bald von allen umschwärmt. Aber sie hielt zum Heinerle. Sie bewunderte ihn und nannte ihn „Heinrich“, wenn er einen Kampf gut überstanden hatte; denn dann erliefen er ihr groß und stark.

Und nun sollten sie sich für ein halbes Jahr trennen. Lieschen kam aufs Land zu Verwandten, um sich zu erholen. Sie hatte schmale blaße Wangen in der Schule bekommen und war bei weitem nicht mehr so lebhaft wie früher. Auf dem Lande sollte sie Luft und Frohsinn, rote Backen und blühende Augen wieder holen. Wie freute sich Lieschen auf die Rufe und Verbe, auf die Blumen und Wiesen, auf Wald und Wasser, Himmel, Sonne — ach und tausend Dinge, die so ganz anders wären als in der Stadt, wie sie dem Heinerle erzählte.

Er stand mit traurigen Augen dabei und brachte keinen Ton von den Lippen. Nur nach wütender Wut wurde er, wenn jemand Lieschen belästigte, wenn die anderen Kinder ihn hänselten.

Am letzten Tage ihres Schulbesuchs war er krank. Er hatte fiebergelängende Augen, als ihn seine Mutter früh weckte, und darum zwang sie ihn, im Bett zu bleiben. Aber bald war er wieder munter und durfte sich anziehen und in der Sonne spielen.

Heinerle schlich vor Lieschens Haus und wartete still, bis sie aus der Schule kam. Als er sie von weitem allein erblickte, während er sie sonst immer begleitetete, schlich er sich von ihr unbemerkt nach Haus.

„Heinrich, schläfst du denn? — Der Bengel träumt den ganzen Tag zum Fenster hinaus“, schimpfte der Lehrer ärgerlich. Er konnte es gar nicht verstehen, was mit dem Jungen los war. Früher war er regel bei der Sache gewesen, wenn es ihm auch schwer gefallen war, so gab er sich doch redlich Mühe, es den anderen gleichzutun. Jetzt verlagte er vollständig. Seine Aufgabe erledigte er nie, sein Heft wurde schmutziger, wenn ihn die Jungen beschimpften oder neckten, dann ließ er sich's gefallen oder wurde unmäßig, daß der Lehrer dazwischen gehen mußte. Strafen halfen nichts, Zureden verlagte, der Lehrer sprach mit der Mutter, sie drohte, zwang ihn zum Stubenarrest — alles war vergeblich. Heinrich — er war jetzt nur noch Heinrich — blieb faul, müde, träge und verbissen.

Der Sommer neigte sich seinem Ende zu. Die Herbstferien waren vorüber. Die Klasse Heinrichs erwartete Lieschen vom Lande zurück. Wie verflört und aufgeregert Heinerle jetzt oft wurde! Blöhslich mitten in der Stunde stand er in seiner Bank auf und sah zum Fenster hinaus. Fragte ihn der Lehrer nach der Ursache, dann erwiderte er, eine Schwalbe hätte ihn interessiert oder ein Hund hätte einen anderen verfolgt.

Lieschen kam. Die Stunde hatte noch nicht begonnen. Beile plaudernd saßen die Kinder beisammen. Freundlich lächelnd wie immer trat sie in die Tür. Die Backen waren wieder rot. Die Zähne blühten und die Grübchen schelmten netzlich. Aus den Augen aber sahen die Sonne und die Blumen, der Wald und das Wasser.

Heinrich war wie der Blitz ausgeföhrt von seinem Plage, ein kurzes Erstaunen in seinen Augen, ein Sprung und er stand neben Lieschen.

„Lieschen“, wie ein Verdenktriller kam es jauchzend aus seiner Kehle, daß die anderen erstaunt aufsahen.

Aber schon hatte er ihre rechte Hand ergriffen, mit beiden Händen drückte er sie, daß Lieschen schmerzlich den Mund verzog, aber ruhig blieb. Einen kurzen Rud — ein lauter Ausschrei — Lieschen hielt weinend ihren rechten Zeigefinger hoch. In roten Tropfen rann das Blut herunter, unaussprechlich, ein dünner Strahl.

Die Klasse tobte. Heinrich stand bleich und erschrocken da. Aber nur einen Augenblick — ein wütender, verabschauernder Blick traf ihn, dann lausete eine Hand auf seine Wange, daß es knallte — Lieschens Linke hatte ihn getroffen, kräftig, wütend.

Da öffnete sich die Tür. Der Lehrer stand auf der Schwelle. Heinrich verfluchte pfeilschnell an ihm vorbeizulaufen. Der Lehrer faßte ihn noch am Kragen und schleppte ihn wieder zurück. Der Junge fand kein Wort der Entschuldigung und erhielt eine strenge Strafe wegen groben Unfugs und böswärtigen Verhaltens.

Lieschens Finger war noch lange sehr schmerzhaft, die Zähne Heinrichs hoben sich klarer als Karben noch später ab. Die beiden Kinder mieden sich und waren nie wieder gemeinsam zu sehen. Heinrich aber ist ein sehr ungezogener Junge geworden, der Schrecken der ganzen Schule.

Joachim Lange:

## Sächsischer Sonnenuntergang

An der Ostsee. Die Sonne geht unter. Das Meer erglänzt weit hinaus. Auf der Landungsbrücke eine ausgesprochene sächsische Familie. Sie lacht sich aus leuchten Augenrinnen den Sonnenuntergang an. Er dorstet noch den Bärenzettel . . . und das Kind — also ein Kind will bekanntlich immer furchtbar viel wissen, aber ein sächsisches Kind, das will überhaupt alles wissen.

„Mammah!“

„Was sähst'n dir, mai Haje?“

„Mammah, wo gähst'n de Sonne jaddad hin?“

„Wo de Sonne jaddad hingähst du, mai Härke? Die gähst dir nundr ins Määr, nimmah, unn mord'n frieh, wään dr Babba unn de Mammah unn dr Gurrdl noch im Wädde liehn, dann gähst je wädde nuff.“

Kurze Pause.

„Mammah, wie is'n das nuh ahnr, wään de Sonne ins Määr nundrgähst?“

„Wie das is, wään de Sonne ins Määr nundrgähst? Ruh daß ämmal sheen nuff, mai Sieghahn, das wärn mir gleich ham, das wär'ch dir mah gleich erglärn, wie das is, wään de Sonne ins Määr nundrgähst. Also nun sähdle dir ämmal vor, mai Härke, das Määr, das is äne große Dasse Gawwee. . .“

„Ahnr das Määr is doch geene Dasse Gawwee, Mammah!“

„Mi frällich is das Määr geene Dasse Gawwee, mai Haje, das is schoh richtig, daß das Määr geene Dasse Gawwee is, du sollst dir ja noch bloß ämmal vorchädälln, daß das Määr äne Dasse Gawwee is. In Wärgelgaid is das Määr nadierlich egal Wasser, nimmah, ahnr du sollst dir jaddad ämmal dängst, daß das Määr ä Dobb midd Gawwee is, nimmah, unn de Sonne, das is dir ä Schdigghn Guchn. . .“

„Me Schdigghn Guchn?“

„Me Schdigghn Guchn. Nadierlich nur, wämmr sich's bloß vorchädälln dud, mai Haje. Du sollst dir doch jaddad ämmal egal dängst, das Määr is ä Dobb Gawwee oom liehn Godde, nimmah, unn nuh will dr liebe Godd sei Schdigghn Guchn äffn, nimmah, unn dann nimmst dir ähnd sei Schdigghn Guchn unn bibsch's in jain'n Gaweedobbe. . .“

„In jain'n Gaweedobbe?“

„Mi gewiß, in jain'n Gaweedobbe, mai Haje. Das heißt in Wärgelgaid nadierlich ins Määr, nimmah, ahnr 'ch saach dir das doch bloß so, damidd daß de das richtig frähdähst.“

„Du saachst das bloß so, Mammah?“

„Mi frällich, mai Härke, saach 'ch das bloß so 'ch wödde dir doch daß ämmal glarmachn, wie das is, wään de Sonne ins Määr nundrgähst.“

Jetzt ist der Vater mit seinen Effekten fertig.

„Achah, was machst de dann däm Ginde egalweg sonne Mährdn vor, Muddri!“

„'ch mache däm Ginde Mährdn vor? 'ch mache däm Ginde doch geene Mährdn vor. Ich erglärn däm Ginde doch bloß nach jainm Frähdändnis, ple das is, wään de Sonne ins Määr nundrgähst.“

„Nach jainm Frähdändnis erglärd de däm Gurrdl das? Ahnr dr Gurrdl is doch gee Wiggelgind nich mähr. Dr Gurrdl machd

doch schoh ä halbs Jahr in de Schule. Däm gann mir das doch schoh wissenschawlich halbringn, wie das is, wään de Sonne ins Määr nundrgähst. Gomm ämmal här zum Babba, Gurrdl! Ruh wärd dr Babba däm Gurrdl ämmal blaßlich machn, wie das gomm dud, daß de Sonne ins Määr nundrgähst, nimmah? De Sonne, die gähst dir nämlich gahnd ins Määr nundr!“

„Die gähst gahnd ins Määr nundr?“

„Mai, mai Gurrdl, die gähst dir um geen'n Brats nich ins Määr nundr. Die schädhd.“

„Die schädhd?“

„Die schädhd. Unn nuh daß ämmal sheen nuff! De Kehrde, ds is dir doch äne große Guchl, nimmah?“

„Venne Guchl?“

„Ruh frällich, mai Gurrdl, äne richtighe Guchl is dir de Kehrde, so guchrund wie ä Ball.“

„Wie mai Gummiball, Babba?“

„Ruh frällich, egalweg so guchrund wie dai Gummiball, mai Gurrdl. Unn de Kehrde, die schädhd dir doch nuh so im Wädnraume rum unn drähst sich dabai um de Sonne, nimmah, immr egalweg rum unn Ddn nach Wädln drähst sich de alde Flaume.“

„Nähdh ärrschd de dich ahnr mähdhd, Bau!“

„Ich ärrt mich? 'ch du mich doch nich ärrn!“

„Ahnr nuh frällich ärrschd de dich! De Kehrde drähst sich doch nich von Ddn nach Wädln, die drähst sich doch von Wädln nach Ddn.“

„Die drähst sich von Wädln nach Ddn? Ne Romändhn mah! Wämmr sich mah vorchädälln, mir drähn uns jaddad. . .“

„Wämmr sich vorchädälln? Ahnr das is doch gahnd needd, daß mir uns das ährschd ämmal vorchädälln!“

„Das is gahnd needd, daß mir uns das ährschd ämmal vorchädälln?“

„Ruh frällich is das gahnd needd, daß mir uns das ährschd ämmal vorchädälln dud, daß mir uns drähn. Mir drähn uns doch!“

„Mir drähn uns doch? Ne Romändhn mah! Ja nadierlich drähn mir uns, das is ja richtig, daß mir uns drähn, ahnr mir gänn'n das doch nich sähn, daß mir uns drähn, unn dämwädhn is es doch needd, daß wir uns das ährschd ämmal bloß vorchädälln dud, daß mir uns drähn, wämmr uns ooch in Wärgelgaid drähn, nimmah? Wämmr sich also vorchädälln, mir drähn uns egalweg um de Sonne rum, dann mißn mir uns nadierlich von Wädln nach Ddn drähn, damidd daß uns das so schänd, als ob de Sonne im Ddn nuffgähn dud. Ra, das hab 'ch doch geseachd!“

„Das hab de geseachd? Das hab de nich geseachd odr 'ch will nich sähdn wärdn.“

„Achah frällich hab 'ch das geseachd! Was machst de egalweg sonne Mährde? Machst een'n noch ganz wärdlich im Goddel! Also nuh daß ämmal nuff, mai Gurrdl. . . Godd'rödmach, wo is dann dr Junge hingelaachd?“

„Gurrdl! — Mai Haje!“

„Da gibbd mir sich nuh de rädhliche Liebe, däm Jungn äne gediehne wissenschawliche Bildung zu ierwiddeln, unn dann machd sich dr Gärk mit nischd dir nischd uff de Soggn. Ra warde!“

„Ach du mai liebr Godde nee, da dud'r dir ganz diche am Wasser schädhn unn wärd dir gleich nainschädzn!“

„Gurrdl, losord machst de hierhär!“

„Mammah, dr Wand gähst nuff. Wie is'n das nuh, Mammah, wään dr Wand nuffgähn dud?“